



crisis action

JAHRESBERICHT (2010-2011)

BERICHT DES VORSTANDS



CRISIS ACTION ERÖFFNETE SEIN ERSTES INTERNATIONALES BÜRO IM JAHR 2006. DAS BUDGET BELIEF SICH DAMALS AUF ETWAS ÜBER 200.000 EURO. HEUTE, ETWA FÜNF JAHRE SPÄTER, HAT CRISIS ACTION 20 ANGESTELLTE IN SIEBEN BÜROS AUF DREI KONTINENTEN MIT EINEM JAHRESETRAG VON FAST 1,5 MILLIONEN EURO.

Wenig überraschend waren es ereignisreiche zwölf Monate für Crisis Action. Wir haben unsere Partner in ihrer politischen Arbeit zu Sudan, Kongo, Gaza, Afghanistan, Elfenbeinküste, Ägypten, Libyen und Syrien unterstützt. Der vorliegende Jahresbericht zeigt, wie das Team von Crisis Action Hunderte von Organisationen zu konzertierten Aktivitäten zusammengebracht hat, die spürbar auf die internationale Politik und die Lage von Menschen in Konflikten Einfluss genommen haben. Einmal mehr hat das Team von Crisis Action in Berlin, Brüssel, Kairo, London, Nairobi, New York und Paris viel bewirkt, und ich gratuliere zu seinem wirkungsvollen Engagement und seiner Effektivität.

Ende 2010 ist das neueste Büro in Nairobi hinzugekommen, das die Arbeit unserer Partnerorganisationen gegenüber der Afrikanischen Union koordiniert. Bei dem schnellen Wachstum von Crisis Action in den vergangenen Jahren wurde sehr viel Wert auf den Aufbau guter organisationsinterner Strukturen gelegt. Mit der Unterstützung des Vorstands hat die Organisation ihre Infrastruktur ausgebaut und verbessert, um dem kontinuierlichen Wachstum Rechnung zu tragen und zugleich die hohen Standards der Organisation bezüglich Professionalität und schneller Reaktionsfähigkeit zu bewahren. Insbesondere das Finanzteam hat hart dafür gearbeitet, ein für die gewachsene Organisation effektives Finanzsystem zu entwickeln.

Crisis Action ist nun bereit, in die nächste Entwicklungsphase einzutreten: Ihre Präsenz in Subsahara Afrika zu verstärken, ihre Kapazitäten für die Kampagnenarbeit zentral zu erhöhen und einen Weg zu finden, die „emerging powers“ wie Brasilien, Indien und Südafrika in die Arbeit einzubinden. Angesichts zunehmend diffuser werdender globaler Machtverhältnisse ist dies eine strategische Notwendigkeit, der sich eine Organisation wie Crisis Action stellen muss.

Im letzten Jahr hat Crisis Action sehr von seinen Förderern und Unterstützern profitiert. Viele haben uns grundlegende und langfristige finanzielle Unterstützung zur Verfügung gestellt und es so ermöglicht, die Organisation weiterzuentwickeln und in ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu investieren. Wir sind unseren Unterstützern dankbar dafür, dass sie das ungeheure Potenzial von Crisis Action erkannt und das engagiert arbeitende Team darin bestärkt haben, dieses Potenzial voll auszuschöpfen. Wir freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit, mit der wir hoffentlich dazu beitragen, die Lage tausender Menschen zu verbessern, die in Konfliktregionen gefangen sind oder von Machthabern verfolgt werden.

Es ist bemerkenswert, wie viel Crisis Action in der kurzen Zeit, in der die Organisation besteht, erreicht hat. Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass je mehr Partner und Förderer Crisis Action in Aktion sehen, um so mehr begeistern sie sich für unsere Arbeit. Umso stärker steigen aber auch ihre Erwartungen. Wir sehen dies als einen Beleg für den Erfolg von Crisis Action - und für die Kompetenz und Effizienz der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die mit Gemma Mortensen von einer herausragenden Internationalen Direktorin geleitet werden. Es ist eine große Herausforderung, mit diesen Erwartungen umzugehen und weiterhin hochwertige Ergebnisse zu liefern – aber ich bin zuversichtlich, dass Crisis Action dies glänzend meistern wird.

Nick Grono

Vorsitzender des Vorstands von Crisis Action

Stellvertretender Präsident und Geschäftsführer der International Crisis Group

„Crisis Action potenziert die Stärken ihrer weltweiten Partner, indem sie diese zu gemeinsamen und strategischen Advocacy-Kampagnen zusammenschmiedet. Wenn NGOs zusammenarbeiten, sind internationale politische Entscheidungsträger eher gewillt Notiz zu nehmen – und zu handeln.“

Kenneth Roth, Geschäftsführender Direktor, Human Rights Watch

MIT WEM WIR ARBEITEN

Partnerorganisationen

Action Contre la Faim (ACF)
 Aegis Trust
 Africa Peace Forum
 African Research and Resources Forum
 Amnesty International
 Arab Alternative Forum
 Arab Programme for Human Rights Activists
 Arabic Network for Human Rights Information
 Bonn International Centre for Conversion
 British American Security Information Council (BASIC)
 Broederlijk Delen
 Cairo Institute for Human Rights Studies (CIHRS)
 CARE International France
 CARE International UK
 Catholic Agency for Overseas Development (CAFOD)
 Christian Aid
 Concordis International
 Cordaid
 Damascus Centre for Human Rights Studies
 Global Centre for the Responsibility to Protect
 Global Witness
 Human Rights Watch
 Humanitarian Aid Relief Trust
 ICCO (Interchurch Organisation for Development Cooperation)
 Institute for Security Studies (ISS)
 International Alert
 International Crisis Group
 International Federation for Human Rights (FIDH)
 International Medical Corps UK
 International Refugee Rights Initiative
 International Rescue Committee
 MEDACT
 Media in Cooperation and Transition
 medica mondiale
 medico international
 Mercy Corps

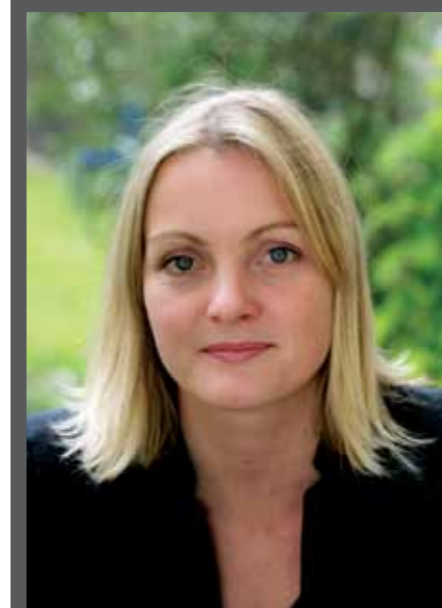
Muslim Aid
 Nobel Women's Initiative
 Norwegian Refugee Council
 Oxfam International
 Oxford Research Group
 Permanent Peace Movement
 Refugees International
 Resolve
 Saferworld
 Save the Children UK
 Stichting Vluchteling (Netherlands Refugee Foundation)
 Tearfund
 The Elders
 Trócaire
 Waging Peace
 War Child
 World Vision International

Netzwerkmittglieder

Amicus/Unite section
 Anti-Slavery International
 Arab Coalition for Darfur
 Arab Reform Initiative
 Baptist Union
 Britain's General Union
 British Humanist Association
 British Muslim Forum
 British Refugee Council
 Burma Campaign UK
 Burma Initiative Asienhaus
 Chatham House
 Christian Solidarity Worldwide
 Church of England International Office
 Council for Arab British Understanding
 Darfur Consortium
 Egyptian Initiative for Personal Rights
 European Council on Foreign Relations
 Foreign Policy Centre

Friends of the Earth UK
 Greenpeace
 Hindu Council UK
 Human Rights & Democracy Media Centre "SHAMS"/Palestine
 Human Rights First Society (Saudi Arabia)
 Institute of Public Policy Research
 International Action Network for Small Arms
 International Centre for Policy and Conflict (ICPC)
 International Centre for Transitional Justice (ICTJ)
 Iraq Body Count
 Medical Aid for Palestinians
 Methodist Church
 Methodist Relief and Development Fund
 Mothers Union
 Muslim Council of Britain
 National Union of Students
 National Union of Teachers
 New Israel Fund
 Pan-African Lawyers Union
 Parliamentarians Network for Conflict Prevention
 Peace Direct
 People & Planet
 Quaker Council for European Affairs
 Quaker Peace and Social Witness
 René Cassin
 Responding to Conflict
 Three Faiths Forum
 Trade Union Congress
 UNISON
 United Nations Association (UK)
 United Reform Church
 Verification Research, Training and Information Centre (VERTIC)
 War on Want
 Welfare Association
 Women's Institute
 Zimbabwe Europe Network

JAHRESRÜCKBLICK



„SICHERLICH SEID IHR SEHR BESCHÄFTIGT“, DAS HABE ICH OFT GEHÖRT, WENN ICH IN DEN VERGANGENEN MONATEN ERWÄHNT HABE, DASS ICH FÜR CRISIS ACTION ARBEITE.

In der Tat sind wir an unsere Grenzen gestoßen, als wir unsere langfristige Arbeit fortsetzten, eine Kampagne zu Afghanistan starteten und zahlreiche kurzfristige Aktivitäten aufnahmen - und zudem versuchten, mit dem Ausmaß und der Geschwindigkeit der Entwicklungen in den arabischen Staaten Schritt zu halten. Immer wieder hat unser Team an einem Strang gezogen, um unsere Partnerorganisationen dabei zu unterstützen, auf die Entscheidungen der Mächtigen der Welt Einfluss zu nehmen.

In den letzten zwölf Monaten konnten wir von Syrien bis zur Elfenbeinküste beobachten, wie schwer die Machtinteressen von Regierungen in Konflikten wiegen und wie schwierig es ist, ihre Reaktionen darauf zu beeinflussen. Wir haben gesehen, wie Massenerhebungen Diktatoren aus dem Amt fegen. Wir sind aber auch Zeugen der Grenzen von Protesten geworden, wenn Herrschende dazu bereit waren, ihre eigene Bevölkerung zu verfolgen und kritische Stimmen brutal niederzuschlagen. Doch obwohl die Errungenschaften der arabischen Aufstände noch fragil sind, waren die letzten sechs Monate ein Zeugnis der Macht gemeinschaftlichen Handelns und der Notwendigkeit strategischer Zusammenarbeit.

Als wir 2009 unser Büro in Kairo eröffneten, ahnten wir noch nichts von den seismischen Ereignissen, die die gesamte arabische Region erwarteten. Unser Team in Kairo war damit aber zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle, konnte den Wert von Crisis Action deutlich machen und das Vertrauen Hunderter zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Region gewinnen. Daher waren wir im Januar 2011, wie weiter in diesem Bericht ausgeführt wird, gut aufgestellt, um unser internationales Netzwerk zu mobilisieren und die mutigen Menschenrechtler zu unterstützen, die die Massenbewegung zu politischen Reformen antrieben.

Während die breiten Proteste den Nahen Osten und Nordafrika ergriffen, wuchs aufgrund des umstrittenen Wahlausgangs in der Elfenbeinküste die Gefahr ethnischer Säuberungen. Crisis Action unterstützte eine gemeinschaftliche Reaktion von NGOs, die dazu beitrug, die UN zu überzeugen, Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Gewalttaten zu beschließen.

In diesen bewegenden Zeiten hielten wir zudem die Arbeit zu unseren drei laufenden internationalen Kampagnen aufrecht. Diese wurde durch die Eröffnung unseres Büros in Nairobi noch einmal gestärkt, insbesondere mit Blick auf die Arbeit zur Afrikanischen Union. Der internationale, von Crisis Action koordinierte, zivilgesellschaftliche Einsatz für ein fortgesetztes internationales Engagement zum Sudan und einen friedlichen Ablauf des Referendums zahlte sich aus. In der Demokratischen Republik Kongo trugen die von Crisis Action koordinierten NGO-Aktivitäten dazu bei, dass die Massenvergewaltigung von über 300 Frauen und Kindern untersucht und die Verantwortlichen strafrechtlich verfolgt wurden. Unsere koordinierte Advocacyarbeit überzeugte zudem den UN-Sicherheitsrat, etwas gegen die von der Lord's Resistance Army ausgehende Gewalt zu unternehmen und dort Patrouillen zu verstärken, wo es Angriffe gegeben hatte.

Wir haben schwere Entscheidungen treffen müssen. Wir konnten nicht überall aktiv werden, wo Gewalt gegen Zivilisten eingesetzt wurde. Wir haben versucht, unsere Kräfte zu bündeln und uns dort zu engagieren, wo es unseres Erachtens möglich war Einfluss zu nehmen. Es war oft schwer, nein zu sagen. Aber wir können nur dann Qualitätsarbeit liefern, wenn wir uns disziplinieren.

Wie immer waren unsere Partner unsere besten Ratgeber. Es war ein Privileg, ihre Arbeit zu unterstützen. Ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit und bin sicher, dass wir noch viel mit unserem gemeinsamen Engagement zum Schutz der Menschenrechte erreichen können.

Hervorheben möchte ich zu guter Letzt die vielen klugen und großzügig erteilten Ratschläge unseres Vorstands, unserer Partner und Förderer. Sie haben mir außerordentlich wertvolle Erkenntnisse darüber gebracht, wie wir Crisis Action weiterentwickeln müssen, damit unsere Arbeit auch zukünftig effektiv und wertvoll bleibt. Danke.

Gemma Mortensen

Internationale Direktorin von Crisis Action

DIE ARABISCHEN AUFSTÄNDE



Demonstranten auf dem Tahrir Platz, Kairo, Februar 2011.
Photo: Omar Kamel / <http://omarkamel.com>.



Globaler Ägypten-Aktionstag in London, Februar 2011.
Photo: Radmehr.

ANFANG 2011 SAH NOCH KAUM JEMAND VORAUS, DASS EINE REVOLUTION IN TUNESIEN EINE WELLE VON MASSENERHEBUNGEN IN DER ARABISCHEN WELT ENTFACHEN WÜRDE.

Die Entmachtung von Präsident Zine el-Abidine Ben Ali, nach mehr als zwei Jahrzehnten seiner Herrschaft, leitete den sogenannten ‚Arabischen Frühling‘ ein: eine Reihe von Massenprotesten in Ägypten, Libyen, Jemen, Syrien und anderen Staaten, in denen Millionen Menschen auf die Straße gingen, um Grundrechte und Demokratie einzufordern.

Obgleich jede dieser Rebellionen von derselben Welle von Unzufriedenheit getragen wurde, unterschieden sie sich von Staat zu Staat deutlich in den Forderungen der Protestierenden, in der Reaktion der Machthaber und in dem Maß, in dem sich die öffentlichen Proteste zu einer tatsächlichen Revolution entwickelten. Die traurige Gemeinsamkeit aller war der mutwillige und rechtswidrige Einsatz von Gewalt der Regierungen gegen ihre eigenen Bürger.

Crisis Action hat mit sogenannten emergency responses, das heißt kurzfristig beschlossenen und zeitlich befristetem Engagement, unmittelbar auf die Entwicklungen in Ägypten, Libyen und Syrien reagiert.

Ägypten

Kurz nach dem tunesischen Aufstand gingen auch in Ägypten Tausende auf die Straße und versammelten sich auf dem Tahrir-Platz, wo sie den Rücktritt von Präsident Hosni Mubarak forderten. Innerhalb von nur wenigen Tagen und im Scheinwerferlicht internationaler Medien kamen 850 Demonstranten durch Scharfschützen der Regierung ums Leben.

Als sich die Spannungen im Februar 2011 verschärften, arbeitete das Crisis Action-Büro in Kairo mit regionalen Bürgerinitiativen zusammen, um die Situation zu beobachten, den Druck auf die internationale Gemeinschaft aufrechtzuerhalten und die Beendigung des gewaltsamen Vorgehens gegen die Demonstranten einzufordern. Unsere Aktivitäten beinhalteten:

- Schaffung eines Bündnisses aus über 20 internationalen und ägyptischen Organisationen, das sich unter dem Motto ‚Stop the Crackdown‘ gegen das gewaltsame Vorgehen der ägyptischen Regierung wandte; unter anderem mit einer Anzeige, die im Vorfeld eines EU-Gipfels zur Krise in Ägypten in den britischen Zeitungen The Guardian und The Observer sowie in der französischen Zeitung Le Monde veröffentlicht wurde.

„Zu Beginn der Aufstände in Ägypten kam Crisis Action sofort zu uns, um zu fragen, wie sie helfen können. Zu einer Zeit, als wir an unsere Grenzen gelangt waren, konnten wir uns auf Crisis Action verlassen. Sie halfen uns dabei, die von uns recherchierten Menschenrechtsverletzungen an Protestierenden in die Medien zu bringen und Unterstützung von prominenten Einzelpersonen für unsere Reform-Agenda zu gewinnen.“

Hossam Bahgat, Gründer und Direktor der Egyptian Initiative for Personal Rights



Gemeinsame Presseanzeige als Teil der ‚Stop the Crackdown‘ Kampagne, Februar 2011.



Medienberichterstattung über die emergency response-Arbeit.

- Organisation eines Medienbriefings von Amnesty International, Human Rights Watch und der Egyptian Initiative for Personal Rights um internationalen Medien Belege für Menschenrechtsverletzungen gegen Demonstranten zu präsentieren sowie Empfehlungen für den politischen Umbruch auszusprechen. Dies wurde in Berichten von CNN, Le Figaro, Libération und anderen aufgegriffen.
- Unterstützung des ‚Committee of the Wise‘ bei der Veröffentlichung einer Reformagenda in der Washington Post am Vorabend von Mubaraks Niedergang. Die Gruppe bestand aus bekannten ägyptischen Persönlichkeiten wie dem späteren ägyptischen Außenminister Dr. Nabil al-Arab, dem Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Musa und dem ehemaligen ägyptischen Botschafter in den USA Nabil Fahmy.
- Unterstützung von Amnesty International bei der Organisation eines weltweiten Aktionstages zu Ägypten am 12. Februar. Über die Demonstrationen, die auf den Tag nach Mubaraks Abgang fielen, und in denen die Einhaltung der Reformversprechen gefordert wurde, wurde weltweit in den Medien berichtet.

Seit Mubaraks Machtverlust unterstützt Crisis Action weiterhin Partnerorganisationen, die gegenüber der militärischen Übergangsregierung auf Reformen des ägyptischen Sicherheitsapparats drängen und sich für die rechtliche Aufarbeitung der Gewalt gegen Protestierende einsetzen.

Libyen

Im Februar 2011 begann das libysche Regime massive Waffengewalt einzusetzen, um anhaltende Demonstrationen in mehreren libyschen Städten niederzuschlagen. In einer halsstarrigen Rede drohte General Muammar al-Gaddafi, die Proteste auszumerzen und „bis zum letzten Blutstropfen“ zu kämpfen.

Mit der Eskalation der Gewalt wurde zunehmend deutlich, dass Zivilisten in der oppositionellen Hochburg Bengasi Gefahr liefen, von den Streitkräften des Regimes niedergemetzelt zu werden. Obwohl zahlreiche seiner Mitglieder das Vorgehen des libyschen Regimes scharf verurteilten, lehnte es der UN-Sicherheitsrat ab, ohne ein eindeutiges Mandat der MENA-Staaten gezielte Maßnahmen zu ergreifen.

„Nur mit eindeutigen und seriösen Garantien werden sich die Hunderttausende, die friedlich für eine demokratische Regierung demonstriert haben, davon überzeugen lassen,...dass die Verantwortlichen für die Gewalt, die Menschenrechtsverletzungen und das Blutvergießen zur Rechenschaft gezogen werden“

Auszug aus einem Kommentar in der Washington Post

„Crisis Action hat die beeindruckende Fähigkeit, arabische Intellektuelle und Aktivisten genau dann, wenn es drauf ankommt, zu einem gemeinsamen, zeitgerechten und strategischen Statement zusammenzubringen. Sie stellen einen eindringlichen Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Region und den wichtigsten politischen Entscheidungsträgern der Welt sicher.“

Dr. Amr Hamzawy, Aktivist und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Kairo

DIE ARABISCHEN AUFSTÄNDE



Gemeinsam mit unseren arabischen Partnern hat Crisis Action:

- Mehr als 200 arabische Organisationen aus 18 Ländern der MENA-Region zusammengebracht, die die Arabische Liga, die Afrikanische Union (AU), die Europäische Union (EU), den UN-Sicherheitsrat und regionale Regierungen zum Handeln aufforderten, um ein Massaker in Libyen zu verhindern, Untersuchungen mutmaßlicher Verbrechen durch den UN-Menschenrechtsrat zu unterstützen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.
- Einen offenen Brief von 35 arabischen Prominenten koordiniert, darunter der bekannte ägyptische Schriftsteller Ahdaf Souweif, der palästinensische Filmemacher und Philanthrop Omar Al Qattan und die jordanische Senatorin Laila Sharaf, der die Arabische Liga und die Regierungen der Region dazu aufrief, massenhafte Übergriffe auf Zivilisten zu verhindern.

Crisis Action war Partnern dabei behilflich, ihre Botschaft an die Medien und wichtige Amtsträger heranzutragen. Beiden Initiativen folgten breite Berichterstattungen im Nahen Osten, den USA und Europa.

Die Arabische Liga folgte den Aufrufen. In einer Dringlichkeitssitzung zitierte Generalsekretär Amr Musa die gemeinsame Erklärung der NGOs als Zeugnis des Rückhalts in der Bevölkerung für eine entschiedenere arabische Position. Die Sitzung endete mit der Grundsatzresolution 7360, in der die Arabische Liga ein einstimmiges und einzigartiges Gesuch an den UN-Sicherheitsrat richtete, Maßnahmen zum Schutz von Zivilisten in Libyen zu veranlassen. Ein ebensolcher Aufruf seitens des Golf-Kooperationsrates (GCC) zeigte, dass die arabische Welt sich nahezu einig darin war, die internationale Gemeinschaft zur Verhinderung weiterer Gewalttaten zu drängen.

Während die internationale wie regionale Unterstützung für ein Eingreifen in Libyen wuchs, setzte Crisis Action seine Arbeit für den Schutz der libysche Bevölkerung fort.

- Unser Büro in Nairobi koordinierte ein Schreiben von Partnern aus dem subsaharischen Afrika an den Vorstand des Friedens- und Sicherheitsrates der Afrikanischen Union (AUPSC), mit der Forderung nach einer scharfen Verurteilung von Gaddafis gewaltsamem Vorgehen gegen Zivilisten als Verstoß gegen den Gründungsvertrag der AU. Der AUPSC verabschiedete im Folgenden eine – von der AU-Kommission ebenfalls aufgegriffene – Erklärung zu Libyen, die die Gewalttaten gegen Zivilisten anprangerte und eine Untersuchungskommission nach Libyen entsandte.
- Wir koordinierten gemeinsame Medienarbeit von Amnesty International, der Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme (FIDH) und anderen, mit der Forderung an die EU, das Einfrieren von Auslandsvermögen und ein Waffenembargo gegen das Gaddafi-Regime durchzusetzen, sowie Hilfe für die Flüchtlinge bereitzustellen. Die EU verständigte sich auf diese Maßnahmen.

In seiner Resolution 1970 billigte der UN-Sicherheitsrat daraufhin gezielte wirtschaftliche Sanktionen gegen Gaddafi und seinen Führungszirkel und stimmte in Resolution 1973 der Einrichtung einer Flugverbotszone und einer Verschärfung von Restriktionen zu, um zu verhindern, dass das Regime Einnahmen aus der Erdölausfuhr erhält.

„Durch den die einzelnen Sektoren überschreitenden Ansatz und das beispiellose Netzwerk von Menschenrechts-, humanitären und politischen Organisationen erzeugt Crisis Action ein ganz neues Momentum in der Kampagnen- und Advocacyarbeit zu bewaffneten Konflikten.“

Antoine Bernard, Geschäftsführer, Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme (FIDH)



Syrien

Beflügelt durch die Revolutionen in Ägypten und Tunesien, gab es auch auf Syriens Straßen Proteste. Das Regime antwortete mit willkürlichen Massenfestnahmen und massiver militärischer Gewalt. Zwischen Mitte März und Mitte Mai 2011 wurden mehr als 800 friedliche Demonstranten getötet und 9000 inhaftiert.

Als die Krise eskalierte, verabschiedeten die EU und die USA Sanktionen gegen das syrische Regime. Der UN-Sicherheitsrat und die Arabische Liga weigerten sich jedoch aus Sorge vor einer weiteren militärischen Intervention einzugreifen. Diese Untätigkeit sandte das gefährliche Signal an die syrische Regierung, sie könne unbehelligt mit Waffengewalt gegen Protestierende vorgehen.

Im Juni 2011 erfuhr Crisis Action, dass die UN-Sicherheitsratsmitglieder Großbritannien, Frankreich, Portugal und Deutschland erwogen, eine Resolution vorzulegen, die ein Ende des gewaltsamen Vorgehens forderte, während sich insbesondere Russland dagegen sperrte. Um Druck auf den Rat aufzubauen, haben wir wirkungsvolle Initiativen der arabischen Zivilgesellschaft koordiniert. Dazu gehörte:

- Zusammenführen arabischer NGOs in einem gemeinsamen Appell an jedes Mitglied des UN-Sicherheitsrates, ihr Schweigen zu brechen und eine Resolution zu verabschieden, die ein sofortiges Ende des Einsatzes von Waffengewalt gegen Protestierende fordert.
- Unterstützung eines Aufrufs von 100 arabischen NGOs, in dem diese die Arabische Liga - im Vorfeld ihres Gipfels am 15. Mai 2011 - aufforderten, die gewaltsamen Ereignisse zu verurteilen, was ihnen die Berichterstattung in der führenden ägyptischen Zeitung Al Shorouk sicherte.
- Mobilisierung von 25 prominenten ägyptischen Persönlichkeiten, die in einer gemeinsamen Petition den neuen ägyptischen Außenminister Dr. Nabil al-Araby (eine Schlüsselfigur in der ägyptischen Revolution) dazu auffriefen, sich im Namen Ägyptens beim Gipfeltreffen der Arabischen Liga für schärfere arabische Kritik an Syrien einzusetzen.
- Ermöglichung eines Meinungsbeitrags von Dr. Radwan Ziadeh, Direktor des Damascus Centre for Human Rights Studies, in dem er eine UN-Resolution für ein Ende der Gewalt forderte. Der Artikel wurde unter anderem in Le Figaro, der Süddeutschen Zeitung, den New York Daily News und der arabischen Zeitung Asharq Alawsat aufgegriffen.
- Organisation von Treffen zwischen Dr. Ziadeh und Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates, darunter mit den wichtigsten noch skeptischen Staaten Russland und Brasilien. Diplomaten einer Reihe von Ländern lobten den Zeitpunkt dieser Initiative: ein kraftvoller Appell aus der Region sei notwendig, um zu einer Verschiebung der Dynamik im Rat beizutragen.

Im Juni tagte die Arabische Liga zu Libyen. Der Generalsekretär der Liga, Amr Musa, sprach in einer Pressekonferenz über die Sorge der Region mit Blick auf die Situation in Syrien. Später verließ er in einem Interview mit dem britischen Guardian die Wut der Arabischen Liga über die Ereignisse in Syrien Ausdruck. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts hat der UN-Sicherheitsrat jedoch – wegen des Widerstands von China, Russland, Indien, Brasilien und Südafrika – keine Resolution zu Syrien verabschieden können.

„Durch die Zusammenführung von NGOs aus 18 Ländern des gesamten arabischen Raums zu gemeinsamer Advocacy- und Medienarbeit, hat Crisis Actions Arbeit zu Syrien wirklich etwas bewegt. Sie haben mir den Zugang zu den ranghöchsten politischen Entscheidungsträgern des Sicherheitsrates ermöglicht - genau zu dem Zeitpunkt, als diese sich mit einer Resolution zu Syrien befassten. Mit der Hilfe von Crisis Action konnten wir im richtigen Moment direkt auf wichtige Staaten einwirken.“

Dr. Radwan Ziadeh, Gründer und Direktor des Damascus Centre for Human Rights Studies

LORD'S RESISTANCE ARMY



Überlebender der Schreckenstagen der LRA in der Gegend Makombo des Haut-Uélé Distrikts, DR Kongo, September 2010.
Foto: Oxfam / Pierre Peron.

IN DEN JAHREN 2008 UND 2009 HAT DIE LORD'S RESISTANCE ARMY (LRA), EINE DER BRUTALSTEN REBELLENGRUPPEN AFRIKAS, JEWEILS UM DIE WEIHNACHTSZEIT HUNDERTE VON ZIVILISTEN GETÖTET ODER ENTFÜHRT.

Mit Verbündeten arbeiten: Ein erneutes Weihnachtsmassaker verhindern

Im Vorfeld der Weihnachtstage 2010 hat Crisis Action mit Partnern eine internationale Kampagne gestartet, um entschiedeneres internationales Handeln gegen die LRA anzumahnen und ein weiteres Weihnachtsmassaker zu verhindern.

Es gab zwar Anzeichen diplomatischen Engagements seitens der USA und der Afrikanischen Union (AU), doch der UN-Sicherheitsrat schien es zu versäumen, ernsthaft auf mögliche Gräueltaten zu reagieren. Während des Jahrestages Großbritanniens und der USA Ende 2010 haben wir uns gegenüber dem UN-Sicherheitsrat für ein Eingreifen gegen die LRA eingesetzt. Zu den Initiativen zählten:

- Koordination gemeinsamen Engagements von Human Rights Watch, Oxfam, Resolve, Refugees International und der International Crisis Group, um von der UN eine dringliche Reaktion gegenüber der LRA anzumahnen.
- Kooperation mit 19 humanitären und Advocacygruppen, um einen Bericht mit dem Titel „Der Geist der vergangenen Weihnacht – Zivilisten vor der LRA schützen“ zusammenzustellen, der dazu aufrief, Maßnahmen zu ergreifen, um im Jahr 2010 ein weiteres Blutbad zu verhindern. Dieser wurde zum Jahrestag vorangegangener LRA-Massaker veröffentlicht. Der Bericht erzielte eine signifikante Wirkung:
 - Der Sprecher des UN-Generalsekretärs verwies öffentlich auf die Schlussfolgerungen des Berichts.
 - Berichterstattung unter anderem durch Al-Jazeera, BBC News, Voice of America, France 24 und den African Herald Express.
 - Wir ermöglichten es Human Rights Watch, Oxfam und World Vision, den Bericht dem UN-Sicherheitsrat in einem von der diplomatischen UN-Vertretung Großbritanniens veranstalteten Briefing vorzustellen. Der Rat verabschiedete schließlich eine präsidentielle Erklärung zur LRA, die eine Reihe der gemeinsamen NGO-Empfehlungen enthielt.
- Initiierung eines Meinungsbeitrags der mit dem Oscar ausgezeichneten Schauspielerin Helen Mirren im Guardian vom 27. Dezember, in dem sie Großbritannien und die UN dazu aufrief, sicherzustellen, dass Schritte in die Wege geleitet werden, um die Gefahr eines weiteren Blutbades abzuwenden.



Gemeinsamer Bericht, der dazu aufruft, erneute Massaker durch die LRA in der Weihnachtszeit zu verhindern, Dezember 2010.

„MONUSCO teilt die Besorgnis von Hilfsorganisationen über die Möglichkeit erneuter Angriffe auf Zivilisten durch die Lord's Resistance Army.“

Sprecher des UN-Generalsekretärs am 14. Dezember 2010 in Bezug auf den gemeinsamen NGO-Bericht „Der Geist der vergangenen Weihnacht“

- Koordination einer einvernehmlichen öffentlichen Reaktion auf die Ankündigung einer Handlungsstrategie gegenüber der LRA seitens der US-Regierung im November 2010. Wir haben unter anderem Refugees International, Human Rights Watch und Enough darin unterstützt, diese Strategie zu begrüßen, auf ihre schnelle Umsetzung zu drängen und mehr finanzielle Mittel zu fordern, um der Bedrohung durch die LRA zu begegnen.

Ein Hauptziel unserer gemeinen Lobbyanstrengungen war es, eine reaktionsstärkere UN-Präsenz in Regionen, die unter Angriffen der LRA leiden, zu erreichen. Erste Früchte trug dieses Engagement im Dezember 2010, als die UN die Operation Rudia Umbrella in die Wege leitete. Der Auftrag des Einsatzes beinhaltete vermehrte Sicherheitskontrollen durch MONUSCO, die UN-Friedensmission in der Demokratischen Republik Kongo, mit dem Ziel, LRA-Angriffe in der DR Kongo vor Weihnachten zu verhindern. Dieser Einsatz stellte sicher, dass es kein Massaker um Weihnachten 2010 gab, und er wurde im Mai 2011 mit der Operation Easter Shield in ähnlicher Weise wiederholt.

Zeit für abgestimmtes Handeln gegenüber der LRA

Im Januar 2011 kündigte die UN eine Strategie gegenüber der LRA an, wie unser Bündnis es seit vielen Monaten gefordert hatte. Auf Bitten von UN-Amtsträgern, arbeitete Crisis Action zusammen mit Partnern an einem gemeinsamen Memorandum, das Empfehlungen für eine politische Linie der UN gegenüber der LRA umriss, und organisierte inoffizielle Sitzungen mit UN-Offiziellen, um neue Ideen zu entwickeln.

Um den Druck auf die UN zu erhöhen, stellten wir regelmäßige Treffen zwischen unseren Partnern und hochrangigen UN -Politikern sicher, darunter dem neuen Chef der MONUSCO, Roger Meece, und anderen Führungsmitgliedern der UN-Mission. Wir hielten außerdem regelmäßige Sitzungen mit Führungspersonen des UN -Sekretariats ab, wie UN -Nothilfekoorordinatorin Baroness Valerie Amos. Im Anschluss an das von Crisis Action organisierten NGO - Briefing zur LRA folgte Baroness Amos den Gesuchen unserer Partnerorganisationen, von der LRA heimgesuchte Regionen in der DR Kongo zu besuchen. Während ihrer Reise im März 2011 gab sie eine eindringliche Erklärung ab, die merklich von dem Gespräch mit NGOs beeinflusst war, und die dem Thema LRA beachtliche mediale Aufmerksamkeit verschaffte.

Crisis Action hat sich außerdem in Großbritannien und auf EU-Ebene um verstärkte Unterstützung für härtere Maßnahmen im Umgang mit der LRA bemüht. In Zusammenarbeit mit britischen NGOs bezogen wir EU-Diplomaten und britische Parlamentarier ein, die auf die neue Regierungskoalition Einfluss nehmen konnten. Dies geschah durch:

- Unterstützung für ein Briefing von Oxfam und Christian Aid über die regionale Bedrohung durch die LRA für geladene Mitglieder des britischen Parlaments und Regierungsmitarbeiter.
- Zusammenstellung eines Panels hochprofilierter Redner, darunter der ehemalige beigeordnete Generalsekretär der UN Sir John Holmes und der für Afrikapolitik zuständige britische Minister Henry Bellingham, um Großbritanniens Rolle bei der Ausarbeitung einer kohärenten regionalen LRA-Strategie zu diskutieren.
- Erwirken eines seltenen Briefings über die Große Seen-Region für Partner mit Entscheidungsträgern innerhalb der internationalen Kontaktgruppe.

Im Mai 2011, nach Monaten der gemeinsamen Advocacyarbeit, entsandte die UN ein Team hochrangiger Mitarbeiter in die von der LRA heimgesuchten Gegenden, mit der Aufgabe, eine umfassende regionale LRA-Politik zu entwickeln. Dieses hatte unser LRA-Bündnis seit langem gefordert. Crisis Action stellte sicher, dass Partnerorganisationen das UN-Team vor Reiseantritt informieren konnten, um somit auf dessen Empfehlungen Einfluss zu nehmen.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts, stand die UN an der Schwelle zu einer umfassenden LRA-Politik, und der Sicherheitsrat war bereit, eine offizielle Sitzung zum Thema abzuhalten. Crisis Action hat vor allem dazu beigetragen, die Gelegenheiten für wirkungsvolle Advocacyarbeit herzustellen, die zu diesen Ergebnissen geführt haben, und ermöglichte es Partnern, die LRA-Agenda der UN mitzugestalten.

Schließlich berief die AU eine Ministerkonferenz in Addis Abeba, Äthiopien, ein, um eine Reihe von Empfehlungen zu ihrem eigenen Umgang mit der Bedrohung durch die LRA zu verabschieden. Das Crisis Action-Büro in Nairobi organisierte Briefings mit sechs führenden AU-Funktionären, die an den Gesprächen teilnahmen. Die AU verabschiedete ein ehrgeiziges Paket von Empfehlungen. Dies beinhaltete die Einrichtung einer regionalen Task-Force, ein gemeinsames Operationszentrum sowie die Benennung eines LRA-Sondergesandten.

Wir werden weiterhin mit Partnern und politischen Entscheidungsträgern zusammenarbeiten, um auf die vollständige Umsetzung der internationalen LRA-Strategie hinzuwirken und sicherzustellen, dass Zivilisten von dieser brutalen Rebellenarmee kein Leid mehr zu befürchten haben.

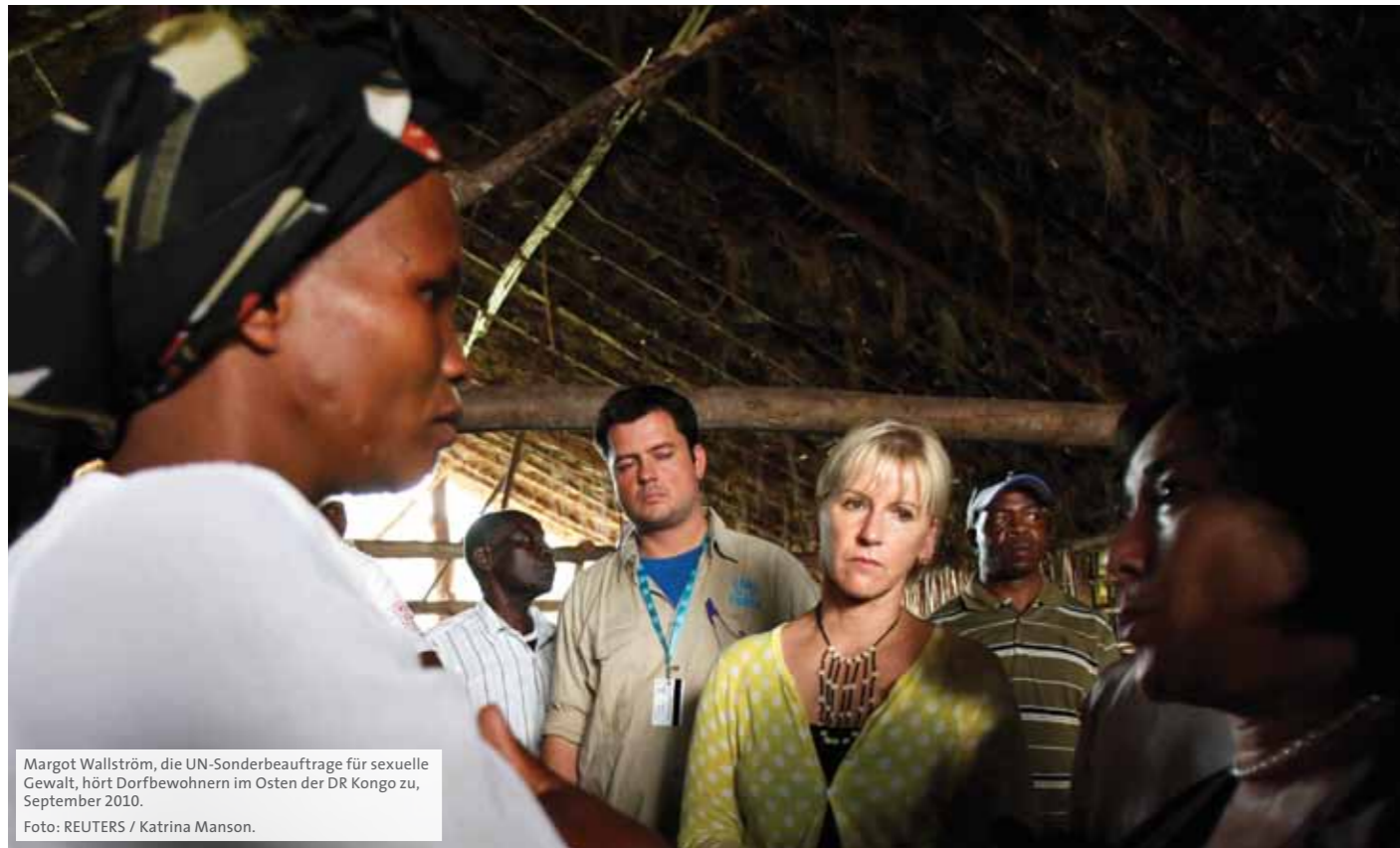


Meinungsbeitrag der Schauspielerin Helen Mirren im Guardian, Dezember 2010.

„Crisis Action macht einen Unterschied von Tag und Nacht, was koordinierte Advocacy in Bezug auf die Lord's Resistance Army angeht. Crisis Action hat einzigartige Gelegenheiten für Engagement innerhalb der AU, den UN, der EU und wichtigen Hauptstädten vorausgesehen und geschaffen.“

Paul Ronan, Advocacy-Direktor von Resolve

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO



Margot Wallström, die UN-Sonderbeauftragte für sexuelle Gewalt, hört Dorfbewohnern im Osten der DR Kongo zu, September 2010.

Foto: REUTERS / Katrina Manson.

DIE VERGANGENEN ZEHN JAHRE WAREN FÜR DIE KONGOLESISCHE ZIVILBEVÖLKERUNG GEPRÄGT VON UNERMESSLICH GRAUSAMER GEWALT. MILLIONEN MENSCHEN WURDEN GETÖTET, VERWUNDET ODER VERTRIEBEN.

Sexualisierte Gewalt ist an der Tagesordnung, illegale Banden verbreiten Angst und Schrecken und die kongolesische Regierung ist weder willens noch in der Lage, ihre Bevölkerung zu schützen.

Strafverfolgung von sexualisierter Gewalt

Im August 2010 warf die Massenvergewaltigung von über 300 Frauen und Kindern in Walikale im Osten der DR Kongo ein Schlaglicht auf gravierende Mängel in der Fähigkeit von MONUSCO und den Behörden der DR Kongo, Zivilisten vor schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Crisis Action organisierte ein Bündnis von 17 renommierten NGOs aus aller Welt, darunter Oxfam, International Crisis Group, Save the Children, World Vision, International Rescue Committee, Global Witness und Refugees International, welches den UN-Sicherheitsrat anmahnte, eine dringliche öffentliche Untersuchung des Vorfalls einzuleiten und sicherzustellen, dass die Täter zur Verantwortung gezogen würden.

Innerhalb von drei Wochen reagierte der Sicherheitsrat mit der Einleitung einer entsprechenden Untersuchung und machte die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich. In der Folge wurde der Hauptkommandeur für die Anordnung der Massenvergewaltigung zur Verantwortung gezogen. Gleichzeitig verhängte der Sicherheitsrat gegen andere, die im Verdacht standen, zu Vergewaltigungen angestiftet zu haben, gezielte Sanktionen. Wie von dem Bündnis gefordert, stockte MONUSCO seine Patrouillen in gefährdeten Gegenden auf und verpflichtete Verbindungsoffiziere sicherzustellen, dass die friedenssichernden Truppen bei Übergriffen auf Zivilisten schneller reagieren.

Die UN-Sonderbeauftragte für Gewalt gegen Frauen, Margot Wallström, war eine wichtige Fürsprecherin der Opfer und stattete der DR Kongo zahlreiche Besuche ab. Um Einfluss auf ihre Reise in die DR Kongo im September 2010 zu nehmen, organisierte Crisis Action ein Treffen mit ihr für Partnerorganisationen in New York.

„Crisis Action stellt bei der Bildung von Koalitionen eine Expertise von unschätzbarem Wert bereit, die es uns ermöglicht, präzise Botschaften an regionale zwischenstaatliche Organisationen in Afrika zu senden. Dies hilft uns dabei, Druck auf regionale Akteure aufzubauen, auf Situationen zu reagieren, in denen Zivilisten in Gefahr sind.“

George Omondi, Geschäftsführender Direktor des Africa Research and Resources Forum

Sicherung eines robusten Mandats für die UN-Friedensmission

Mitte 2010 stimmte die UN einem Mandat für eine neue Mission zur Friedenssicherung in der DR Kongo zu: MONUSCO. Dieses legte klare Maßstäbe für einen Erfolg der Mission fest. Zwei der Erfolgsindikatoren sind, die Gefahr durch bewaffnete Gruppen zu minimieren und die Fähigkeit zu verbessern, die Bevölkerung des Landes durch die kongolesische Armee zu schützen – beides wichtige Punkte, für die Crisis Action sich mit seinen Partnern eingesetzt hatte.

Ende 2010 erfuhr Crisis Action von lokalen Partnerorganisationen, dass der von der UN angesetzte Überprüfungsprozess (review process) der MONUSCO-Arbeit übereilt und ohne ausreichende Konsultation der lokalen Gemeinden durchgeführt worden war. Zudem stand der Vorwurf im Raum, dass die Gutachter von der kongolesischen Regierung genötigt wurden, ihre Erkenntnisse abzuändern.

Als Reaktion auf einen von Crisis Action organisierten, gemeinsamen Aufruf einer starken Koalition kongolesischer und internationaler NGOs stimmte die UN zu, ihre Zusagen einzuhalten. Sie sagte zu, dass künftige Überprüfungsprozesse nach einem weit höheren Standard durchgeführt werden sollten. Dieser verbesserte Prozess soll deutlich machen, dass die UN-Mission in der DR Kongo weiterhin eine wichtige Rolle spielt.

Vorsorge treffen: Schutz der Zivilbevölkerung während der Wahlen in der DR Kongo

Angesichts der Ende 2011 anstehenden Wahlen in der DR Kongo und der sich abzeichnenden Mandaterneuerung der MONUSCO haben wir uns gemeinsam mit unserem NGO-Bündnis zur DR Kongo für die Aufrechterhaltung eines starken Mandats der MONUSCO eingesetzt. Folgende Aktivitäten haben wir in diesem Zusammenhang koordiniert:

- Ein gemeinsames Memo an wichtige Entscheidungsträger, in dem die Anliegen und Erwartungen von Partnerorganisationen gegenüber MONUSCO umrissen wurden.
- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, um das Bewusstsein für das Thema im Vorfeld der anstehenden Erneuerung des Mandats in New York zu schärfen.
- Eine Reihe hochrangiger Treffen, u.a. mit Botschaftern in New York, dem Chef der MONUSCO und UN-Funktionären.
- Ein Seminar in der französischen Nationalversammlung und Treffen in den britischen, französischen und deutschen Außenministerien, um die mögliche Rolle ihrer Länder im UN-Sicherheitsrat auszuloten, sowie mit der Europäischen Union (EU). In den Treffen wurde unter anderem erörtert, wie die Effektivität der Friedenstruppen in der DR Kongo im Vorfeld der Wahlen gesteigert werden kann.

Das MONUSCO-Mandat wurde erneuert und beinhaltet den Auftrag, Missstände im Zusammenhang mit den Wahlen zu überwachen, sowie eine erhöhte Verantwortung, Zivilisten vor der Lord's Resistance Army (LRA) zu schützen – zwei zentrale Empfehlungen unserer gemeinsamen Lobbyarbeit.

Das Engagement zur DR Kongo auf EU-Ebene aufrecht erhalten

Crisis Action setzte sich immer wieder dafür ein, dass die DR Kongo auf EU-Ebene weit oben auf der diplomatischen Agenda stand. Im Vorfeld der gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung von Staaten aus Afrika, dem karibischen und pazifischen Raum und Europa in Kinshasa organisierten wir ein Briefing zur DR Kongo für EU-Abgeordnete.

Darüber hinaus koordinierten wir eine gemeinsame Reaktion unserer Partner auf das Bestreben innerhalb der EU, den zentralen Posten des EU-Sonderbeauftragten für die Große Seen-Region (EUSR GL) abzuschaffen. Dies stellt eine entscheidende Gefahr für den ohnehin oft nur zögerlich verfolgten abgestimmten Ansatz der EU zur DR Kongo dar. Der EUSR GL hatte eine grundlegende Rolle im Zusammenhang mit wichtigen regionalen Themen gespielt, etwa dem illegalen Abbau von natürlichen Ressourcen und der Bekämpfung der Rebellengruppen LRA und der Demokratischen Kräfte zur Befreiung von Ruanda (FDLR).

Crisis Action koordinierte kurzfristig eine Reihe gemeinsamer Briefe, Briefings und Medienarbeit. Unter anderem ergab sich daraus ein Titelbeitrag in der größten täglichen Zeitung zur EU, dem EU Observer. Leider wurde der Posten – trotz öffentlicher Unterstützung unserer Forderungen durch einige Mitgliedstaaten – dennoch abgeschafft. Zumindest aber wurde der Einspruch von NGOs und einigen EU-Mitgliedstaaten dahingehend aufgenommen, dass, zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Berichtes, ein in Brüssel ansässiger Koordinator für die Region der Großen Seen benannt wurde.



Eine Teenagermutter und ihr Baby in ihrer Unterkunft im Kalinga Camp, Masisi Bezirk. Das Mädchen brachte ihr Kind zu Welt, nachdem sie von bewaffneten Männern vergewaltigt wurde, November 2010.

Foto: UNHCR / S Shulman.

„Crisis Action ist extrem effektiv darin, führende NGOs in New York zu mobilisieren, um der UN koordinierte Empfehlungen vorzulegen. Ihre Fähigkeit, führende Experten zusammenzubringen, um fundierte Sichtweisen ebenso wie realistische Vorschläge für Politik auf höchster Ebene bieten zu können, ist unglaublich hilfreich.“

Jack Christofides, Leitender Referent Great Lakes, UN-Abteilung Friedenssicherungsentsätze

„Crisis Action hat eine Rolle von unschätzbarem Wert dabei gespielt, kongolesische und internationale Organisationen zusammenzubringen, um gemeinsam MONUSCO davon zu überzeugen, mehr für den Schutz von Zivilisten in der DR Kongo zu tun. Im Vorfeld der Wahlen 2011 hat Crisis Action durch ihre effektive Medienarbeit sichergestellt, dass unsere Sorge hinsichtlich der Rolle der UN bei diesen Wahlen in deren Hauptquartier und in der ganzen Welt laut und deutlich gehört wurde.“

Jerome Bonso, Vorsitzender der Coalition for Peaceful and Transparent Elections (AETA), DR Kongo

SUDAN



Musikvideo mit Prominenten, veröffentlicht im September 2010.

„Ich habe mich sehr gefreut, einen Beitrag zu Crisis Actions punktgenauen Bemühungen zu leisten, einer Verschlimmerung des Konflikts im Sudan vorzubeugen und ein Bewusstsein für die Konsequenzen im Falle einer Zuspitzung zu schaffen. Ihre Art der organisierten Parlaments- und Medienarbeit erscheint mir sehr professionell – und das gemeinschaftliche Modell sehr viel effektiver als einzelne Stimmen.“

Sir John Holmes, ehemaliger Untergeneralsekretär der UN für Humanitäre Angelegenheiten

DIE VERGANGENEN ZWÖLF MONATE IM SUDAN WAREN VOM HERANNAHEN ZWEIER HISTORISCHER EREIGNISSE GEPRÄGT: DEM REFERENDUM ÜBER DIE UNABHÄNGIGKEIT SÜDSUDANS AM 9. JANUAR 2011 UND DEM 9. JULI, DEM TAG DES INKRAFTTRETENS DER UNABHÄNGIGKEIT.

Diese markierte das Ende des umfassenden Friedensvertrags (Comprehensive Peace Agreement/CPA) von 2005, der bis dahin einen fragilen Frieden im Sudan aufrechterhalten hatte. Dieser schwierige Prozess brachte die Gefahr erneuter Konflikte in Nord- und Südsudan mit sich.

Die von Crisis Action koordinierte intensive Lobbyarbeit zum Sudan trug zu einer erhöhten internationalen Wachsamkeit bei. Diese trug sicher dazu bei, dass das Referendum schließlich friedlich von statten gehen konnte. Im Anschluss an die lautstarken Rufe nach Unabhängigkeit wandte sich die internationale Aufmerksamkeit der Krise im Nahen Osten und Nordafrika zu. Innerhalb von Monaten flammten die Unruhen im Sudan wieder auf. Der soeben erst in seine Unabhängigkeit entlassene Südsudan erlebte eines der blutigsten Jahre seit 2005, viele tausende Zivilisten starben oder wurden verletzt.

Zusammen mit seinen Partnern reagierte Crisis Action auf diese Entwicklungen mit breiter Medien- und Advocacyarbeit, die auf ernsthafte Friedensbemühungen und den Schutz für die sudanesischen Zivilbevölkerung abzielte.

Global campaigning: Sudan365

Die Sudan365-Kampagne startete am 9. Januar 2010 – 365 Tage vor dem Referendum über die Unabhängigkeit Südsudans. Sie umfasste gemeinsame Lobbyarbeit und weltweites öffentliches Engagement, um durch verstärktes, abgestimmtes Vorgehen ein Wiederaufflammen des Konflikts im Sudan zu verhindern.

Die Kampagne vernetzte über 100 Organisationen in 20 Ländern quer durch Afrika, den Nahen Osten, Europa und die USA. Sie wendete sich an die Staaten und Institutionen, die als ‚Garantiemächte‘ des CPA von 2005 agierten und zugesichert hatten, die Aushandlung eines dauerhaften Friedens zwischen Nord- und Südsudan sicherzustellen. Hochrangige Amtsträger haben bestätigt, dass Sudan365 zu einer Verstärkung ihrer Bemühungen beitrug, ein Wiederaufleben des Konflikts im Vorfeld des Referendums zu verhindern.

Einfluss auf höchster Verhandlungsebene

Im Vorfeld der UN-Generalversammlung und einer entscheidenden Sitzung zum Sudan im September 2010, an der Ban Ki Moon und US-Präsident Obama teilnahmen, hat Crisis Action mit Partnerorganisationen intensiv auf eine Verpflichtung weltweiter Staatenlenker hingearbeitet, den Frieden im Land zu sichern. Dafür haben wir:

- Den gemeinsamen NGO-Bericht ‚Erneuerung der Zusage‘ (‚Renewing the Pledge‘) entworfen, in dem 26 Organisationen aus dem Sudan, Europa, dem Nahen Osten und den USA Politikempfehlungen für internationale Schlüsselakteure zum Sudan abgaben. Diese Vorschläge beinhalteten das Recht der südsudanesischen Bevölkerung auf



Globaler Aktionstag der Sudan365-Kampagne in New York und Sydney, September 2010.

Selbstbestimmung, die Unabdinglichkeit internationaler Menschenrechtsstandards in Nord- und Südsudan sowie die Verpflichtung der Garantiemächte, eine demokratische Transformation im Sudan zu gewährleisten. Crisis Action stellte den Versand des Berichts an die CPA-‚Garantiemächte‘ im Vorfeld der UN-Sitzung sicher und organisierte eine öffentliche Vorstellung des Berichts, die weltweit beachtliche Medienberichterstattung nach sich zog.

- Eine Delegation sudanesischer Zivilgesellschaftsvertreter nach Addis Abeba organisiert. Dort präsentierten sie die Erkenntnisse und Empfehlungen des Berichts ‚Renewing the Pledge‘ gegenüber Schlüsselstaaten der Afrikanischen Union (AU). Crisis Action half zudem dabei, Treffen mit Vertretern aus Ruanda, Nigeria und Kenia und dem Sekretariat des Friedens- und Sicherheitsrats der AU zu arrangieren.
- Die Reise einer Delegation der sudanesischen Zivilgesellschaft nach Washington DC und New York organisiert. Unter anderem konnte die Delegation zahlreiche Termine auf höchster Ebene wahrnehmen: Im Weißen Haus, Kongress und State Department sowie mit den höchsten Beratern Ban Ki-Moons, dem ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki, dem Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für den Sudan und Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates.
- Das Sudan365-Netzwerk für einen weltweiten Aktionstag am 19. September 2010 mobilisiert. Dazu gehörten Veranstaltungen in den CPA-Garantiestaaten, im Rahmen derer die Staatsschefs zur Aufrechterhaltung ihrer Versprechen an den Sudan aufgerufen wurden.
- Die Veröffentlichung eines Musikvideos mit Prominenten koordiniert, um den öffentlichen Druck auf die CPA-Garantiestaaten und die UN zu erhöhen. Der Film, an dem Musiker wie Coldplay, Angélique Kidjo und die südafrikanische Jazzlegende Hugh Masekela teilnahmen, wurde vor hochrangigen sudanesischen Amtsträgern UN-Funktionären gezeigt und wurde weltweit sowohl von Medien aufgegriffen als auch online angesehen.
- Einen gemeinsamen Kommentar von zwei der Unterhändler des CPA in wichtigen Publikationen in den USA, dem Nahen Osten und Afrika platziert: Generalleutnant a. D. Lazaro Sumbeiywo, ehemaliger Personalchef der kenianischen Armee und Chefvermittler in den sudanesischen Friedensgesprächen, sowie John Danforth, ehemaliger US-Senator und UN-Botschafter.

Diese zahlreichen, sich ergänzenden Bemühungen trugen dazu bei, dass viele der Empfehlungen der Partnerorganisationen von Crisis Action in das Communiqué der Septembersitzung der UN zum Sudan aufgenommen wurden.

Aufzeigen der Kosten einer Wiederaufnahme des Krieges

Ende 2010, als die Stimmung sich im Vorfeld des Referendums mehr und mehr auflud, präsentierte Crisis Action gemeinsam mit ihren Partnern eine nüchterne Analyse der Kosten eines Wiederausbrechens des Krieges. Der Bericht machte deutlich, wie viel die sudanesischen Machthaber, regionale Regierungen und die internationale Gemeinschaft zu verlieren hatten.

‚The Cost of Future Conflict in Sudan‘, ein gemeinsamer Bericht von Frontier Economics, der Aegis Trust, der Society for International Development und dem Institute for Security Studies, hat den möglichen Umfang des Rückgangs des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Sudan, Kenia, Äthiopien, Tansania und Ägypten im Falle eines Wiederaufflammens des Krieges im Sudan analysiert. Er wies auch auf die möglichen Kosten für die internationale Gemeinschaft hin, unter Berücksichtigung von steigenden Ausgaben für humanitäre Hilfe und Friedenssicherung. Der Bericht schätzte die Gesamtkosten eines Wiederaufflammens des Konflikts im Sudan auf 100 Milliarden US-Dollar. Crisis Action maximierte die Wirkung des Berichts, indem wir:

- Den Einfluss prominenter Wirtschaftswissenschaftler in einem Gastkommentar nutzten, der regionale Machthaber aufforderte, sich zu fragen: „Tun wir alles in unserer Macht stehende, um einen Krieg zu verhindern, der über 100 Milliarden US-Dollar und Tausenden Menschen das Leben kosten könnte?“
- Die weltweite Verbreitung des Berichts koordinierten. Über den Bericht wurde international berichtet, darunter im Guardian, der Financial Times, Voice of America, Al-Jazeera, Radio France Internationale, der kenianischen Daily Nation und Sudanese Online.
- Für die Autoren des Berichts Lobbygespräche mit Funktionären der Liga arabischer Staaten, der ägyptischen, kenianischen und britischen Regierungen und der EU organisierten. Mehrere Regierungsfunktionäre berichteten gegenüber Crisis Action, dass sie den Bericht in den Briefings für ihre Minister verwendet hatten.



Übergabe des ‚Beat for Peace‘ Musikvideos und des ‚Renewing the Pledge‘ Berichtes an Ex-Präsident Mbeki, September 2010.

„Wir sind mit politischen Entscheidungsträgern der höchsten Ebenen zusammengetroffen, bei der UN und der US-Regierung, vom Weißen Haus bis zum Kongress. Die Reise war zeitlich perfekt abgestimmt: der Sudan war in den Schlagzeilen und bei der US-Regierung bestand großes Interesse an unseren Friedenskonzepten, als sie ihre diplomatischen Bemühungen im Sudan verstärkte.“

Delegation der sudanesischen Zivilgesellschaft, Edmund Yakani, Salih Osman, Albaqir Mukhtar



Gemeinsamer Bericht zur Einschätzung der Kosten einer Wiederaufnahme des Krieges in Sudan, November 2010.



UNAMID Blauhelmsoldat sorgt für Sicherheit in einem Camp mit annähernd 2.000 vertriebenen Sudanesen in Khor Abeche, South Darfur, nachdem diese vor der Gewalt in ihren Heimatdörfern in Darfur geflohen waren, Januar 2011.
Foto: UN / Albert Gonzalez Farran.

Einen Konflikt verhindern

In den Monaten vor dem Referendum hielt Crisis Action den Druck durch regelmäßige Gespräche mit einflussreichen Vertretern in der AU, der Arabischen Liga, der EU und dem UN-Sicherheitsrat aufrecht. Mit unseren Partnern appellierten wir an Regierungen, Schutzmaßnahmen für Südsudanesen im Norden und Nordsudanesen im Süden sicherzustellen. Für diese bestand die reale Gefahr bei einem Unabhängigkeitsvotum Opfer von Übergriffen zu werden. Wir organisierten außerdem für Partnerorganisationen regelmäßige Treffen mit der neuen EU-Sonderbeauftragten für den Sudan und erwirkten für unsere Partnerorganisationen in New York ein Briefing mit dem britischen Außenminister William Hague, bevor dieser einem Ministertreffen des UN-Sicherheitsrats zu Sudan vorsah.

Darfur nicht vergessen

Während für die internationale Gemeinschaft mit Blick auf den Sudan die Vorbereitungen des Referendums am 9. Januar 2011 im Vordergrund standen, bemühte sich Crisis Action darum, den laufenden Konflikt zwischen sudanesischen Regierungstruppen und Rebellen der sudanesischen Befreiungsarmee in Darfur auf der Agenda zu halten. Zu diesem Zweck:

- Dokumentierten wir die sich verschlechternde Situation, unter anderem in einer gemeinsamen Presseerklärung eines Partnerbündnisses. In dieser drängten unsere Partner den UN-Sicherheitsrat, regelmäßige öffentliche Berichte zur humanitären Lage in Darfur und im ganzen Sudan zu erstellen, um die Situation vor Ort im Vorfeld des Referendums im Blick zu behalten.
- Organisierten wir Treffen zwischen Partnerorganisationen und dem Chef der UN-Mission in Darfur (UNAMID), Ibrahim Gambari, um UNAMID dazu zu bewegen, eine deutlichere Position gegenüber der sudanesischen Regierung einzunehmen und Zugang zu Gegenden zu verlangen, in denen Zivilisten Schutz und Hilfe benötigen.
- Arrangierten wir im Vorfeld eines UN-Sicherheitsratsbriefings zu Sudan Mitte Januar 2011 ein Hintergrundgespräch für UN-Journalisten mit wichtigen Partnerorganisationen.

Im Januar sagte Baroness Amos auf Bitten von NGOs zu, die öffentliche Berichterstattung der UN über die humanitäre Lage in Darfur zu verstärken. Trotz einiger Verbesserungen bleibt die UN-Informationspolitik jedoch unzureichend, besonders hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte auf lokaler Ebene. Wir setzen uns weiterhin für eine Verbesserung ein.

Einige Regierungen, darunter Deutschland, das Anfang 2011 einen UN-Sicherheitsratssitz erhalten sollte, zweifelten die Berichte über die sich verschlechternde humanitäre Lage in Darfur an. Nachdem wir uns mit unseren Partnern bereits im Juni 2010 erfolgreich bei der deutschen Regierung für die Fortsetzung ihrer finanziellen Unterstützung von UNAMID eingesetzt hatten, koordinierten wir erneut die Lobbyarbeit deutscher NGOs, um der Regierung mit aktuellen Informationen über die Lage in Darfur entgegenzutreten.

„Crisis Action ermöglicht es Organisationen in der Region bei Fragen, die den Frieden und die regionale Sicherheit betreffen, sich kollektiv und prägnant zu äußern. Sie haben uns geholfen, Zugang zu Entscheidungsträgern zu erlangen und uns mit einem starken internationalen Netzwerk von NGOs verknüpft, sodass wir Teil eines globalen Engagements sein können und eine größere Wirkung erzielen.“

Botschafter Ochieng Adala, Africa Peace Forum



Globaler Aktionstag der Sudan365 Kampagne, London, September 2010.



Erneute Gewalt in einer umkämpften Stadt in Abiyei, Sudan, wodurch Zehntausende Zivilisten vertrieben wurden, Mai 2011.
Foto: UN / Stuart Price.

Die AU und die Nachbarn des Sudan in die Pflicht nehmen

Unsere Partner forderten eine klare Führung und eine bessere Koordination der internationalen Bemühungen zum Sudan vor allem durch entscheidende regionale Akteure. Im Verlauf des letzten Jahres hat sich dies verwirklicht: Die AU hat in Folge des Beschlusses der internationalen Gemeinschaft, gemeinsam das von dem ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki geleitete AU High Implementation Panel (AUHIP) zu unterstützen, eine zunehmend wichtige Rolle im Sudan gespielt.

Anfang 2011 hat Crisis Action in Absprache mit Partnerorganisationen eine Strategie für mehr Engagement gegenüber der AU bzw. den AU-Mitgliedstaaten entworfen. Die darauf folgenden Tätigkeiten beinhalteten:

- Organisation einer Delegation von führenden Personen aus der sudanesischen Zivilgesellschaft und Partnerorganisationen nach Addis Abeba zum AU Gipfel im Januar 2011. Die Delegation traf mit Vertretern aus Nigeria, Senegal, Uganda, Ruanda, Sambia, Botswana und der DR Kongo zusammen, die zusicherten, auf eine starke AU-Position zu drängen. Im Rahmen des Gipfels wurde eine Sondersitzung zum Sudan einberufen, auf der eine Erklärung der AU verabschiedet wurde, zu einem besseren Schutz von Zivilisten im Sudan beizutragen.
- Organisation einer weiteren Delegation nach Addis Abeba im Vorfeld der Unabhängigkeitserklärung, die Aktivisten aus der sudanesischen Zivilgesellschaft zu einem entscheidenden Zeitpunkt Zugang zu hochrangigen Entscheidungsträgern verschaffte.
- Koordination einer Reihe von Hintergrundbriefings in Nairobi zwischen Partnerorganisationen und wichtigen internationalen Medienkorrespondenten, in denen die Situation und Dynamiken umrissen und Analysen der politischen Entwicklungen in der AU und in den Verhandlungen erläutert wurden.

Trotz des friedlichen Verlaufs des Referendums, brachen im Mai 2011 entlang der nicht endgültig geklärten Grenze zwischen Nord- und Südsudan Kämpfe aus. In Abyei führten eine Militärintervention und Luftangriffe durch Khartums Streitkräfte zu einer Art Massenexodus, da 100.000 Menschen zur Flucht gezwungen waren. Crisis Action mobilisierte Partner zu einem gemeinsamen Aufruf an die internationale Gemeinschaft, die Gewalt umgehend zu verurteilen und eine entmilitarisierte Zone entlang der Grenze durchzusetzen. Der UN-Sicherheitsrat reagierte rasch und setzte die geforderten Maßnahmen um.

Die Spannungen entlang der ungeklärten Grenzregionen haben sich außerhalb des in diesem Bericht erfassten Zeitrahmens weiter verschärft. Crisis Action arbeitet mit Partnerorganisationen weiterhin daran, dass die internationale Gemeinschaft alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel - vom Schuldenerlass bis zur Normalisierung diplomatischer Beziehungen - nutzt, um weitere Übergriffe auf die Zivilbevölkerung zu verhindern.

“Der Beitritt zur Koalition um Crisis Action hat es uns ermöglicht, unsere Botschaften mit wichtigen gleichgesinnten Organisationen besser zu koordinieren und Politiker außerhalb unserer traditionellen US-Einflussphäre zu beeinflussen. Crisis Action hat dazu beigetragen, Advocacy-Botschaften zu Konfliktsituationen im Sudan und der Demokratischen Republik Kongo zu verstärken.“

Michel Gabaudan, Präsident von Refugees International

ISRAEL UND DIE BESETZTEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETE



Ein Junge sammelt Schotter von einem zerstörten Gebäude in Gaza, Juni 2011.
Foto: I. El Baba.

SEIT 2007 IST DIE ZIVILBEVÖLKERUNG DES GAZASTREIFENS EINER LÄHMENDEN BLOCKADE UNTERWORFEN, DIE VON DER ISRAELISCHEN REGIERUNG ALS REAKTION AUF DIE MACHTÜBERNAHME DER HAMAS IN GAZA VERHÄNGT WURDE.

Diese Politik verurteilt die Palästinenser in Gaza, bei denen es sich zur Hälfte um Kinder handelt, zu Armut und Abhängigkeit von internationalen Hilfsleistungen und untergräbt die Hoffnung auf eine gerechte und dauerhafte Beilegung des größeren israelisch-palästinensischen Konfliktes.

In der Folge des gewaltsamen Übergriffs auf den Free Gaza Konvoi bewirkte das internationale Engagement, dass Israel im Juni 2011 begrenzte Maßnahmen zur Lockerung der Blockade ankündigte. In der Realität jedoch boten diese Zugeständnisse, wenn sie auch die internationale Gemeinschaft beschwichtigen konnten, wenig wirkliche Verbesserungen für die Bevölkerung in Gaza. Aus Sorge, diese begrenzten Maßnahmen könnten von internationalen Politikern als ein zufriedenstellender Schritt wahrgenommen werden, hat Crisis Action mit seinen Partnerorganisationen Belege für das fortdauernde Elend in Gaza zusammengetragen und darauf gegenüber der internationalen Gemeinschaft darauf bestanden, ihre Forderung nach einem vollständigen Ende der Blockade aufrechtzuerhalten.

Im Vorfeld der Sitzung des EU-Rats für Auswärtige Angelegenheiten im Juli 2010 und des Besuchs der Hohen Vertreterin der EU, Catherine Ashton, in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten einschließlich Gazas, organisierte Crisis Action gemeinsame Petitionen an europäische Außenminister und den Sondergesandten des Nahost-Quartetts, Tony Blair.

Um diese Arbeit weiter zu verstärken haben wir den Bericht ‚Zerstörte Hoffnungen – Fortsetzung der Gaza-Blockade‘ (‚Dashed Hopes – Continuation of the Gaza Blockade‘) koordiniert, unterstützt von einem Bündnis aus 26 wichtigen europäischen Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen. Der Bericht beleuchtete die von Israel unternommenen Schritte, die Blockade zu lockern und kam zu dem Ergebnis, dass die Blockadepolitik im Grunde weiterbestand und selbst die bescheidenen angekündigten Maßnahmen zur Lockerung der Abriegelung nur teilweise umgesetzt worden waren.

‚Dashed Hopes‘ war eine klare Herausforderung der offiziellen israelischen Regierungsposition und fand in wichtigen Medien Europas, der USA und des Nahen Ostens Beachtung, darunter CNN, Washington Post, Voice of America, Kanal 10 in Israel, Deutsche Welle und RFI in Frankreich.

Im Vorfeld der Veröffentlichung des Berichts wurden die Erkenntnisse dem Büro von Tony Blair, in seiner Rolle als Koordinator des Nahost-Quartetts, mitgeteilt. Blair fuhr damit fort, öffentlich an die israelische Regierung zu appellieren, mehr Exporte aus Gaza zuzulassen. Im Februar 2011 organisierte Crisis Action ein Treffen mit Tony Blair, um die Entwicklungen seit der Veröffentlichung des Berichts zu besprechen.

Obwohl die israelische Regierung die Ergebnisse des Berichts von sich wies, kündigte sie nur ein paar Tage später eine Lockerung des Exportverbots von bestimmten Gütern an. Allerdings wartet diese Zusage Israels zum jetzigen Zeitpunkt noch immer auf ihre Umsetzung.

„Crisis Action versteht es NGOs zu helfen, Gemeinsamkeiten zu finden, die strategisch günstigsten Blickwinkel für eine Zusammenarbeit zu identifizieren, und die Organisationen und Persönlichkeiten ins Spiel zu bringen, die in der Lage sind, für politische Entscheidungen und letztlich für krisengebeutelte Gesellschaften wirklich etwas zu bewirken. Der NRC glaubt fest an die Wichtigkeit von Zusammenarbeit – und Crisis Action hat, von der Elfenbeinküste bis hin zu Israel/Palästina, einen wertvollen Beitrag zu unserer Arbeit geleistet.“

Elisabeth Rasmusson, Generalsekretärin des Norwegian Refugee Council



Gemeinsamer Bericht zur Prüfung der Schritte, die Israel unternommen hat, um die Gaza-Blockade zu lockern.

„Wenn die palästinensische Versöhnung unterlaufen wird, wird das den israelisch-palästinensischen Konflikt noch tiefer in die Sackgasse führen, mit dramatischen Konsequenzen für alle Parteien und die internationale Gemeinschaft insgesamt.“

Auszug aus einem offenen Brief prominenter ehemaliger Staatsmänner mit der dringenden Bitte um Unterstützung für die palästinensische Einheit

Den Einfluss Europas nutzen

Mangels einer entschlossenen und konsequenten Politik der USA im israelisch-palästinensischen Konflikt hat Crisis Action sich mit Partnerorganisationen zusammengeschlossen, um eine fest auf der Grundlage internationalen Rechts stehende EU-Politik mit mehr Eigeninitiative und Unabhängigkeit zu fordern.

Sowohl israelische als auch palästinensische Menschenrechtsorganisationen schlugen 2010 Alarm, angesichts eines beunruhigenden Anstiegs von Investitionen deutscher Unternehmen in den Bau illegaler Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem. Crisis Action koordinierte eine gemeinsame Advocacy- und Medienaktion deutscher NGOs, die sich an die deutsche Regierung und die betreffenden Unternehmen richtete. Im Ergebnis ordnete die Regierung den Rückzug einer der beiden Hauptinvestoren aus diesen illegalen Unternehmungen an, während der andere Investor sich bereit erklärte, keine Verträge mehr zu schließen.

Auf der Brüsseler Ebene koordinierte Crisis Action mehrere Gesprächsrunden mit Politikern und zivilgesellschaftlichen Gruppen:

- Im November 2010 organisierte unser Büro in Brüssel eine Gesprächsrunde für EU-Diplomaten mit Vertretern der israelischen, palästinensischen und europäischen Zivilgesellschaft. Die Gesprächsrunde widmete sich der Frage, wie die EU die beiden Parteien dazu bringen könnte, entscheidende Konfliktfaktoren auszuräumen.
- Im Vorfeld der Sitzung des EU-Israel-Assoziierungsrats im Februar 2011 koordinierte Crisis Action eine Reihe gemeinsamer Treffen zwischen hochrangigen Diplomaten der Mitgliedsstaaten und EU-Funktionären. Auf die meisten der in diesen Treffen angesprochenen Themen wurde in der Erklärung des EU-Israel-Assoziierungsrats eingegangen. Wie von unseren Partnern gefordert, setzte die EU die vorgesehene Aufwertung der Beziehungen zu Israel aufgrund mangelnder nennenswerter Verbesserungen aus.
- Im Februar 2011 richtete Crisis Action Brüssel eine Gesprächsrunde zum Thema Siedlungshandel aus, in welcher eine mögliche Advocacy-Strategie in Europa vereinbart wurde.
- Im März 2011 war Daniel Levy, der Direktor der Middle East Task Force der New America Foundation, sowohl bei einer Diskussion mit Diplomaten der EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des EU-Rats als auch bei einer Gesprächsrunde mit zivilgesellschaftlichen Partnern in Brüssel zu Gast.

EU-Unterstützung für eine neue Einheitsregierung sichern

Am 27. April 2011 wurde überraschend ein palästinensisches Versöhnungsabkommen bekanntgegeben, in dem Hamas und Fatah übereinkamen, im Vorfeld der Wahlen 2012 eine Übergangsregierung zu bilden. Das Abkommen spiegelte das starke Bedürfnis der Palästinenser wider, ihre vierjährige innere Spaltung zu überwinden. Zudem bot es eine unerlässliche Chance, sowohl eine wirklich repräsentative Führung zu bilden, die in der Lage ist, im Namen aller Palästinenser mit Israel über den Frieden zu verhandeln, als auch für die Konsolidierung eines Waffenstillstandes zwischen Gaza und Israel.

Zentral war es dennoch, eine unterstützende Reaktion durch die internationale Gemeinschaft sicherzustellen. Die von der EU und den USA eingeleiteten Schritte zum Boykott der neuen palästinensischen Regierung in Folge des Wahlsiegs der Hamas 2006 führten zur parteiinternen Spaltung mit verheerenden Folgen. Crisis Action und seine Partner setzen sich dafür ein, internationale Vertreter davon zu überzeugen, dieses Mal nicht dieselben Fehler zu begehen.

Crisis Action koordinierte einen offenen Brief von 27 prominenten ehemaligen Staatsmännern, der an die USA und die Staatschefs der EU appellierte, „die palästinensische Einheit zu unterstützen und jegliche Schritte zu vermeiden, die den fragilen Versöhnungsprozess aufs Spiel setzen könnten“.

Zu den Unterzeichnern zählten vier ehemalige EU-Kommissare einschließlich Benita Ferrero-Waldner, der ehemalige israelische Außenminister Shlomo Ben Ami, die ehemalige palästinensische Chefunterhändlerin Hanan Aschrawi, die ehemaligen Premierminister von Italien, Dänemark und den Niederlanden und eine Reihe ehemaliger Außenminister, einschließlich Gareth Evans (Australien) und Hubert Védrine (Frankreich).

Der an die US-Außenministerin Hillary Clinton, die Hohe Vertreterin der EU Catherine Ashton und EU-Außenminister gerichtete Brief wurde exklusiv in der Financial Times abgedruckt, in Der Spiegel und Le Monde veröffentlicht und von zahlreichen anderen internationalen Medien aufgegriffen.

Die Ergebnisse all dieser Bemühungen sind allerdings nicht nur positiv. Erste Anzeichen deuten darauf hin, dass die meisten europäischen Regierungen gewillt wären, mit einer neuen palästinensischen Übergangsregierung zusammenzuarbeiten. Die Haltung der USA hingegen ist weniger positiv und die Erfolge hinsichtlich einer palästinensischen Versöhnung sind angesichts anhaltender Auseinandersetzungen ins Stocken geraten. Crisis Action wird weiter zu diesem schwierigen Thema arbeiten.



Illegaler unterirdischer Tunnel, der zum Schmuggel von Gütern nach Gaza genutzt wird, Juni 2011.
Foto: I. El Baba.



Medienberichterstattung über offenen Brief von ehemaligen Staatsmännern zur palästinensischen Einheit.

AFGHANISTAN



Ein behinderter afghanischer Mann läuft an einem MRAP (Mine Resistant Ambush Protected) Konvoi in der Provinz Wardak vorbei, März 2009.
Foto: David Gill / shot2bits@mac.com.

FAST ZEHN JAHRE NACH DER VON DER UN MANDATIERTEN INTERVENTION IN AFGHANISTAN WAR DIE EINSCHÄTZUNG DER ÖFFENTLICHKEIT ZUR CHANCE AUF EINEN POSITIVEN AUSGANG DES KRIEGES AUF EIN NEUES TIEF GESUNKEN.

Entsprechend dem dominierenden militärischen Fokus in ihrem Afghanistan-Engagement, gaben viele NATO-Regierungen - auch angesichts der wachsenden öffentlichen Besorgnis über die Anzahl gefallener Soldaten - Pläne für einen Truppenabzug bekannt.

Vor diesem Hintergrund wandten sich einige unserer Partnerorganisationen an uns und baten uns auszuloten, inwieweit in dieser brisanten Phase ein gemeinsames, gezieltes Engagement der Crisis Action Partner zu Afghanistan sinnvoll und machbar wäre. Ziel des Engagements sollte es sein, den gegenwärtig militärisch fokussierten Politikansatz in Frage zu stellen und auf eine Politik zu drängen, die langfristige Lösungen, orientiert an den Bedürfnissen der afghanischen Bevölkerung, in den Vordergrund rückt.

Crisis Action brachte schließlich Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich der humanitären Hilfe, Menschenrechte und Friedensförderung zu einem gemeinsamen Appell zusammen. Dieser forderte internationalen Rückhalt für einen gerechten Friedensprozess, verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Sicherstellung einer langfristigen, zivil geführten Entwicklungshilfe.

Im Vorfeld des NATO-Gipfels in Lissabon im November 2010 veröffentlichte Crisis Action den gemeinsamen Bericht 'Piecemeal or Peace Deal: NATO, peace talks and a political settlement in Afghanistan' von Christian Aid, der Open Society Foundations und der Oxford Research Group. Der Bericht argumentiert, dass jegliche Vereinbarungen zur Beendigung des Krieges in Afghanistan auf die grundlegenden Ursachen des Konfliktes abzielen müssen und nicht nur Geschäfte zwischen Machthabern darstellen dürfen. Darüber hinaus sei ein stärkeres internationales Engagement und die Miteinbeziehung eines größeren Spektrums der afghanischen Gesellschaft, vor allem von Frauen, von höchster Bedeutung.

Öffentliches Engagement steigern

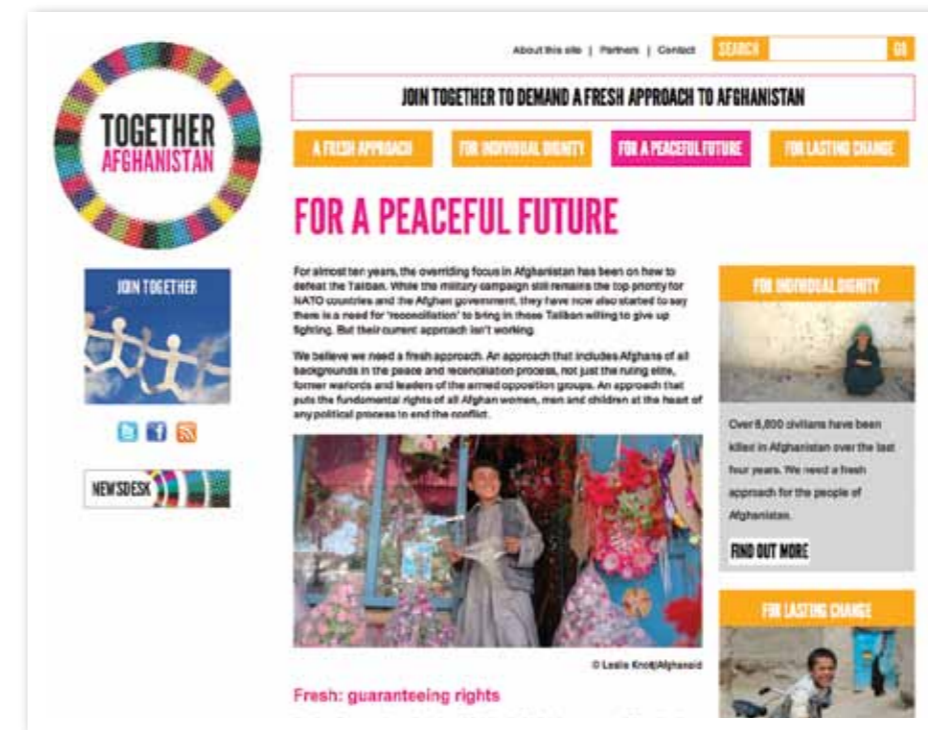
Um das öffentliche Engagement zu erhöhen, entwickelten Crisis Action und seine Partner die Together Afghanistan-Kampagne, die von zehn Organisationen, darunter Oxfam, Care International UK, Christian Aid und Afghanaid unterstützt wird. Die Kampagne wurde im März 2011, anlässlich des afghanischen Neujahrsfests und der Verlängerung des UN-Mandats für die Afghanistan-Mission öffentlich gemacht. Aktivitäten im Rahmen der Kampagne beinhalteten:

„Crisis Action trägt dazu bei, die Stimmen internationaler NGOs und unserer Partner im globalen Süden zu verstärken und hat dabei die Gabe, bei hochrangigen Politikern Gehör zu finden. Die laufende Together Afghanistan-Kampagne ist ein gutes Beispiel dafür, wie Crisis Action die öffentliche Debatte engagiert vorangetrieben hat.“

Loretta Minghella, Direktorin von Christian Aid



Gemeinsames Papier im Vorfeld des NATO Gipfels im November 2010.



Ein junges afghanisches Mädchen mit ihrem Schulbuch, Juni 2010.
Foto: Oxfam / Elissa Bogos.

'Together Afghanistan' Kampagnenwebseite, lanciert im März 2011.

- Launch einer Webseite, die die Kampagneninhalte transportiert, Informationsplattform darstellt und Möglichkeit zum Aktivwerden bietet.
- Veröffentlichung einer Meinungsumfrage von YouGov in Großbritannien, die das mangelnde Vertrauen der britischen Bevölkerung in die derzeitige Militärstrategie in Afghanistan zum Ausdruck bringt.
- Veröffentlichung eines offenen Briefs an den UN Generalsekretär Ban Ki Moon. In diesem forderten sieben einflussreiche ehemaligen Diplomaten, Außenminister und Führungspersonlichkeiten aus dem Militär internationale Unterstützung für einen Friedensprozess. Der Brief wurde am 23. März im Daily Telegraph veröffentlicht. Zu den Unterzeichnern des Briefes gehörten unter anderem David Miliband (ehemaliger britischer Außenminister), Lord Robertson (ehemaliger NATO-Generalsekretär) und Tom Koenigs (ehemaliger UN-Sonderbeauftragter für Afghanistan).

Mobilisierung für Bonn

Im Folgenden konzentrierte sich Crisis Action darauf, weitere internationale Unterstützung für die Ziele der Kampagne zu gewinnen. Ein besonderer Fokus lag dabei auf Deutschland, das mit der Koordination der Afghanistan-Arbeit im UN-Sicherheitsrat beauftragt ist und den Vorsitzenden der Internationalen Kontaktgruppe zu Afghanistan stellt. Anlässlich des Kontaktgruppentreffens im April 2011 in Dschidda koordinierte Crisis Action ein gemeinsames Schreiben deutscher und internationaler NGOs, das verstärkte Bemühungen um einen Friedensprozess, die Achtung der Menschenrechte und die effektive Beteiligung der Zivilgesellschaft in diesem politischen Prozess fordert. Das Berliner Büro von Crisis Action organisierte zudem ein Treffen mit Michael Steiner, Vorsitzender der Kontaktgruppe und deutscher Sonderbeauftragter für Afghanistan und Pakistan.

Im Vorfeld des Treffens der Nato-Verteidigungsminister am 9. Juni 2011 in Brüssel organisierte Crisis Action einen Appell elf europäischer und US-amerikanischer NGOs, die mehr Maßnahmen zum Schutz der afghanischen Zivilbevölkerung und Untersuchungen zu zivilen Todesopfern einforderten.

Angesichts des zehnten Jahrestags der internationalen Intervention in Afghanistan im Oktober 2011 und mit Blick auf einen für Dezember geplanten internationalen Afghanistan-Gipfel in Bonn, ist das Engagement zu Afghanistan in einer entscheidenden Phase. Crisis Action arbeitete daher eng mit seinen internationalen Partnern und dem deutschen NGO-Netzwerk VENRO zusammen, um die gemeinsamen Anliegen der Zivilgesellschaft koordiniert und prägnant einzubringen.

„Manche meinen, alles, worauf die internationale Gemeinschaft noch hoffen könne, sei, einen geordneten Abzug ihrer Truppen zu bewerkstelligen. Wir sind nicht dieser Ansicht. Wir wissen um die Herausforderungen, die zu bewältigen sind, um zu einer Einigung zu kommen und den Konflikt in Afghanistan zu beenden. Dennoch ist der einzige Weg hinaus aus Afghanistan, derjenige, der eine bessere Zukunft für die afghanische Bevölkerung, für ihre Nachbarn und Verbündeten verspricht.“

Auszug aus einem offenen Brief von ehemaligen Diplomaten, Ministern und militärischen Führern, erschienen im Daily Telegraph

„Wir bewundern Crisis Actions Fähigkeit, effektive Lobbyarbeit zu betreiben und gemeinsames Engagement zu bewaffneten Konflikten voranzubringen. Unsere Zusammenarbeit mit ihnen im Rahmen der Afghanistan-Kampagne schätzen wir sehr - sie versorgen uns mit wichtigen Informationen, setzen uns mit entscheidenden Kontakten in Verbindung und binden uns in gezielte, effektive Koalitionen ein.“

Jessica Mosbahi, Advocacy- und Menschenrechtsreferentin bei medica mondiale

EMERGENCY RESPONSES: ELFENBEINKÜSTE



Alain Le Roy, Unter-Generalsekretär für Friedensmissionen, kommt in Abidjan, Elfenbeinküste, an, Dezember 2010.
Foto: UN / Basile Zoma.

INFOLGE DER UMSTRITTENEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL IM NOVEMBER 2010 IN DER ELFENBEINKÜSTE SCHEITERTEN VERMITTLUNGEN ZWISCHEN DEM NEUGEWÄHLTEN PRÄSIDENTEN ALASSANE OUATTARA UND SEINEM AMTSVORGÄNGER LAURENT GBAGBO, DER SICH WEIGERTE, DAS WAHLERGEBNIS ANZUERKENNEN.

Die Pattsituation zwischen den beiden Männern und ihren jeweiligen Truppen verfestigte sich und kumulierte in gewalttätigen Zusammenstößen, Angriffen auf Zivilisten und Massenexekutionen. Mehr als eine Million Menschen wurden vertrieben und etwa 135.000 mussten nach Liberia fliehen.

Da das Interesse der internationalen Gemeinschaft den Ereignissen im Nahen Osten und Nordafrika galt, unterstützte Crisis Action Partnerorganisationen dabei, Aufmerksamkeit auf die Gewalttaten in der Elfenbeinküste zu lenken. Mit einem Bündnis von über 30 internationalen und westafrikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen forderten wir lokale Führungspersonlichkeiten und die internationale Gemeinschaft auf, weitere Gewalt zu verhindern.

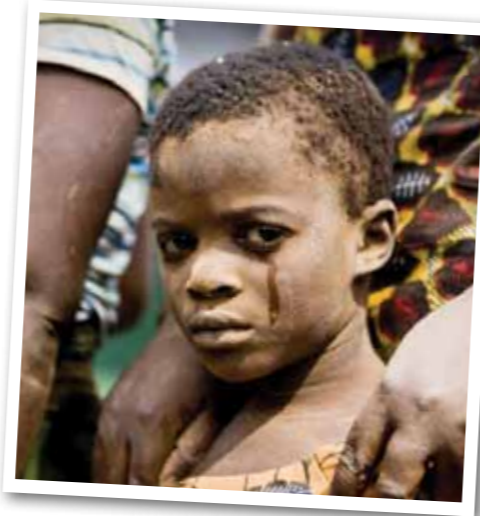
Als Ouattaras Anhänger sich nach den Wahlen vorbereiteten, den unterlegenen Kandidaten Gbagbo in der Hauptstadt aus dem Präsidentenamt zu jagen, koordinierte Crisis Action eine gemeinsame Erklärung von Partnerorganisationen. In dieser forderten sie ivoirische Politiker eindringlich auf, ihre Anhänger zum Frieden aufzurufen. Zahlreiche internationale Medien griffen die Erklärung auf.

Im Januar 2011 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution, die die Gewalt verurteilte und eine Truppenverstärkung genehmigte. Als das Land trotz internationaler Bemühungen in die Krise stürzte, gab Crisis Action am 25. März eine weitere gemeinsame Erklärung heraus. Sie enthielt einen Aufruf an die UN, die robuste Verstärkung des Mandats für UNOCI zum Schutz gefährdeter Zivilisten sicherzustellen und die Verantwortlichen für die Gewalttaten zur Rechenschaft zu ziehen.

Als im März der UN-Sicherheitsrat über eine Resolution zur Elfenbeinküste debattierte, organisierte Crisis Action für Partnerorganisationen in New York Treffen unter anderem mit dem französischen Präsidentschaftsamt und dem südafrikanischen Botschafter. Am 30. März billigte die UN in Übereinstimmung mit den Forderungen der Partner von Crisis Action, eine Resolution, die den Schutz der Zivilbevölkerung verbessern sollte und gezielte Sanktionen gegen Gbagbo und seine engsten Verbündeten durchsetzte.

Auf Grund der sich rasant verschlechternden Lage, ermöglichte Crisis Action am 8. April 2011 ein internationales Medienbriefing durch führende Experten von Human Rights Watch, Action Contre la Faime, Oxfam und der Open Society Foundations. Dieses Treffen lieferte entscheidenden Journalisten Einblicke in die Situation vor Ort und ermöglichte dadurch internationale Berichterstattung.

Angesichts hunderttausender Zivilisten, die im Krieg ihre Heimat verloren hatten, koordinierte Crisis Action einen gemeinsamen Aufruf dreier Hilfsorganisationen. Dieser umfasste die Bitte an internationale Geldgeber, ihre Hilfsbeiträge aufzustocken. Zu Redaktionsschluss hatten sich die Hilfsgelder für Liberia zwar verdoppelt, doch insgesamt bleibt die Hilfe, sowohl in der Elfenbeinküste als auch in Liberia, nach wie vor unzureichend.



Ein ivoirisches Mädchen weint bei der Ankunft in Liberia, nachdem sie der Gewalt in der Elfenbeinküste entfliehen musste, Februar 2011.

Foto: UNHCR / G. Gordon.

“Während die internationale Gemeinschaft sich auf die Ereignisse im arabischen Raum konzentrierte, spielte Crisis Action eine entscheidende Rolle dabei, die Aufmerksamkeit von Politikern auf die humanitäre und Menschenrechtskrise in der Elfenbeinküste zu lenken. Sie half uns, Maßnahmen sicherzustellen, um gefährdete Zivilisten zu schützen. Die Unterstützung durch Crisis Action war entscheidend für unsere Handlungsfähigkeit, um gezielte und effektive Lobby- und Medienarbeit in so kurzer und unruhiger Zeit zu liefern.”

François Danel, Geschäftsführender Direktor von Action Contre la Faim

“Der besondere Wert von Crisis Action liegt in ihrer Fähigkeit, auf den unterschiedlichen Stärken ihrer Partnerorganisationen aufzubauen und sie in effektiven und strategischen Advocacy-Kampagnen zusammenzufügen, die vor Ort etwas bewirken. Crisis Action hilft dabei, eine kohärente und gezielte Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und bedeutenden Entscheidungsträgern in EU, UN, Afrikanischer Union und Arabischen Liga sicherzustellen. Was sie bewirken, übersteigt bei weitem die geringe Größe der Organisation.”

Jeremy Hobbs, Geschäftsführender Direktor von Oxfam International

WER WIR SIND

CRISIS ACTION IST EINE INTERNATIONALE, GEMEINNÜTZIGE NICHTREGIERUNGSORGANISATION.

Unser Ziel ist es, bewaffnete Konflikte zu verhindern und Menschenrechtsverletzungen im Kontext von bewaffneten Konflikten abzuwenden. Wir setzen uns für eine friedliche Lösung von Konflikten ein und engagieren uns dafür, dass Regierungen ihrer Verpflichtung nachkommen, Zivilistinnen und Zivilisten zu schützen.

Crisis Action unterstützt ein Netz von Partnerorganisationen, die sich gegen bewaffnete Konflikte sowie zu deren kurz- und langfristigen Folgen engagieren. Wir bündeln Kräfte, damit die Forderungen unserer Partnerorganisationen mehr Gehör finden.

Crisis Action ist dazu mit Büros in Berlin, Brüssel, Kairo, London, Nairobi, New York und Paris präsent.

WARUM ES UNS GIBT

BEWAFFNETE KONFLIKTE ZU VERHINDERN UND ZU STOPPEN GEHÖRT ZU DEN WICHTIGSTEN – UND GRÖßTEN – HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT:

Selten sind Beschlüsse, die Regierungen treffen, so schwerwiegend und komplex wie jene, die über Krieg und Frieden entscheiden. Nicht nur auf Seiten potenzieller Aggressoren, sondern noch in viel stärkerem Maße bei Staaten, die in der Lage sind, bei Konflikten zu intervenieren. Denn nationale Entscheidungsträgerinnen und -träger sind häufig schwer zugänglich oder erreichbar. Sie müssen überdies das Verhalten ihrer Nation in multilateralen Strukturen abstimmen. Im Kontext mächtiger Interessen und festgefahrener Positionen ist es für einzelne Organisationen daher nahezu unmöglich, Entscheidungen zu beeinflussen und Standpunkte zu ändern. Nur wenn die Expertise und die Fähigkeiten einer großen Zahl von Organisationen zusammenkommen, besteht eine Chance, effektiv und nachhaltig Einfluss zu nehmen. Diese Idee liegt Crisis Action zugrunde.

Nur wenige NRO haben die Kapazitäten, sich langfristig und umfassend in einem spezifischen Konflikt einzusetzen. In der Regel arbeiten humanitäre, Menschenrechts- oder Friedensorganisationen zu einer großen Bandbreite von Themen. Ihr Wissen und ihre Ressourcen zusammenzuführen, ist daher ein wichtiger erster Schritt für ein effektives zivilgesellschaftliches Engagement.

Für einige Organisationen kann das Engagement zu bewaffneten Konflikten riskant sein, vor allem wenn ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der entsprechenden Region im Einsatz

sind. Der Verbund mit anderen NRO verringert das Risiko für solche gefährdeten Organisationen. Dadurch erwachen ihnen neue Möglichkeiten, sich zu einem Konflikt zu engagieren. Der Verbund profitiert zudem von den wertvollen Informationen aus erster Hand.

Natürlich ist eine solche Zusammenarbeit keine neue Idee. Doch oft haben es Netzwerke trotz großem Zeit- und Ressourcenaufwand schwer, spürbaren Einfluss auszuüben. Crisis Action verfolgt einen flexiblen Ansatz, der die Übereinstimmung von Positionen und eine schnelle Reaktionsfähigkeit in den Mittelpunkt rückt: Unterstützt von Crisis Action schließen sich jene Partnerorganisationen, die ein gemeinsames Anliegen haben, zu einem zeitlich begrenzten, effektiven Engagement zusammen.

Crisis Action ist ein neutraler Dienstleister, der unterschiedlichste Organisationen zusammenbringen möchte, um Gemeinsamkeiten zu identifizieren und eine gemeinsame Agenda zu schmieden. Dadurch dass Crisis Action selbst nicht in der Öffentlichkeit in Erscheinung tritt, vermeiden wir es, die Arbeit unserer Partner zu doppeln oder mit ihnen in Konkurrenz zu treten. Vielmehr fließen all unsere Ressourcen in die Stärkung der Arbeit unserer Partnerorganisationen.

Für weitere Informationen besuchen Sie uns bitte unter:

www.crisisaction.org

FINANZBERICHT 2010/2011

JAHRESBILANZ 01. JUNI 2010 BIS 31. MAI 2011

	2011	2010
	□	□
EINNAHMEN		
Förderungen und Spenden	1.179.952	1.005.802
Partnerorganisationen	80.523	71.674
Zinserträge	2.102	1.206
GESAMT	1.262.577	1.078.682
Sudan-Kampagnenfond*	12.467	308.965
AUSGABEN		
Gehälter	826.352	646.333
Altersvorsorge	25.834	19.873
Beratungs- und Unterstützungsleistungen	15.412	21.474
Miete, Gebühren und Versicherungen	75.818	69.019
Telefon und Bürobedarf	50.243	54.844
Veranstaltungen	12.391	17.544
Publikationen	9.296	4.417
Personalbeschaffung und Mitarbeiterschulung	10.804	9.399
EDV	20.265	11.063
Allgemeine Ausgaben	5.687	9.233
Reisekosten und Verpflegung	57.162	40.347
Buchprüfungen	11.077	13.217
Bankgebühren	5.214	4.407
Abschreibungen	9.373	6.559
Honorare	24.921	16.415
Wechselkursverluste	27.098	6.347
GESAMT	1.186.948	950.492
Sudan-Kampagnenfond*	172.211	111.175
Jahresüberschuss (Exklusive Sudan)	75.629	128.190
Einnahmen/Ausgaben-Überschuss Sudan-Kampagnenfond*	(159.745)	197.790
Einnahmen/Ausgaben-Überschuss vor Abzug der Steuern	(84.116)	325.980
Steuern	(343)	(751)
Einnahmen/Ausgaben-Überschuss nach Abzug der Steuern	(84.459)	325.229
Aufgelaufene Mittel - Beginn des Geschäftsjahres	658.023	365.536
Aufgelaufene Mittel	573.565	690.765

„Crisis Action vereint kluges politisches Urteilsvermögen, gute Kontakte zu Insidern in der ganzen Welt und eine klare Vorstellung davon, wie man Wandel vorantreibt. Ihre diskrete Arbeitsweise ermöglicht den Aufbau effektiver Partnerschaften zwischen Organisationen und Individuen, die normalerweise nicht zusammenkommen würden. Crisis Action hat die Fähigkeit, effektive Kampagnen zu schmieden. Ich bin eine große Unterstützerin ihrer Arbeit.“

Mabel van Oranje, Geschäftsführerin von The Elders

FINANZBERICHT 2010/2011 (Fortsetzung)

BILANZ ZUM 31. MAI 2011

	2011	2010
	□	□
Anlagevermögen	9.373	19.679
Debitoren	16.729	21.013
Umlaufvermögen	667.877	806.615
Verbindlichkeiten	(120.411)	(156.538)
Nettoumlaufvermögen	573.568	690.769
Aktienkapital	3	4
Gewinn- und Verlustrechnung	146.223	156.989
Rücklagen	398.672	335.987
Sudan-Kampagnenfond*	28.670	197.790
Aufgelaufene Mittel	573.565	690.765
Gesamtmittel	573.568	690.769

* Der Sudan-Kampagnenfond wurde Crisis Action von einem Unterstützer zur Verwaltung anvertraut. Der Fond wurde speziell zur Unterstützung von gemeinsamen NRO- Aktivitäten zu Sudan aufgelegt. Die Verwendung der Mittel aus dem Fond setzt die Zustimmung des Unterstützers voraus. Die Mittel sind daher kein Teil der regulären Einnahmen von Crisis Action, sondern werden separat geführt.

„Crisis Action ermöglicht NGOs eine effektive Zusammenarbeit und potenziert damit das Engagement einzelner NGOs, die Investitionen einzelner Geldgeber und den Beitrag der Zivilgesellschaft im Umgang mit Konfliktsituationen. Die Pears Foundation betrachtet ihre Partnerschaft mit Crisis Action als beispielhafte Zusammenarbeit zwischen Stiftungen und NGOs.“

Charles Keidan, Direktor der Pears Foundation

WOHLTÄTIGE/GEMEINNÜTZIGE PARTNER UND SPENDER

Crisis Action dankt folgenden Organisationen und Privatpersonen für ihre großzügige Unterstützung in den Jahren 2010-2011:

Bridgeway Foundation	Oxfam GB
Caipirinha Foundation	Pears Foundation**
Compton Foundation	Polden Puckham Charitable Foundation
Heinrich Böll Stiftung	Roddick Foundation
Humanity United	Sigrid Rausing Trust**
Joseph Rowntree Charitable Trust	Tinsley Foundation
MacArthur Foundation**	Mr B & Mrs HJ Cox
Network for Social Change	St Luke's Mission Church
Oak Foundation**	Tatiana Maxwell
Open Society Foundations**	

**Ein besonderer Dank gilt diesen Unterstützern, die uns seit mehreren Jahren mit Core Funding unterstützen.

VORSTAND

Unser Vorstand besteht aus unabhängigen, ehrenamtlichen Mitgliedern:

Nick Grono (Vorsitz) ist stellvertretender Präsident der International Crisis Group mit Sitz in Brüssel. Er ist Anwalt und hat früher als Stabschef des Generalstaatsanwalts für die australische Regierung gearbeitet.

Fiona Napier (Schatzmeisterin) verantwortet die Kampagnenarbeit bei Global Witness.

Bevor sie im April 2011 zu Global Witness kam, war sie internationale Advocacy-Direktorin bei der Open Society Foundation. Zuvor war Fiona 15 Jahre lang als Beraterin für Globale Fragen, als Länderdirektorin für Südafrika und Regionalberaterin im südlichen Afrika für Save the Children tätig, wo sie auch im Vorstand der AIDS-Stiftung Südafrika war.

Nicola Reindorp ist derzeit Beraterin der Internationalen Onlinekampagnen-Organisation

Avaaz. Zuvor war sie Advocacy-Direktorin für das Global Centre for the Responsibility to Protect und fünf Jahre Leiterin des New Yorker Büros von Oxfam International, wo sie Oxfams globale Advocacy zu bewaffneten Konflikten und humanitären Krisen leitete.

Lotte Leicht ist EU-Direktorin von Human Rights Watch. Sie hat umfassend zu bewaffneten Konflikten gearbeitet u.a. Bosnien und Darfur.

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

INTERNATIONAL



Gemma Mortensen
Internationale Direktorin
gemma.mortensen@crisisaction.org



Valerie Rogers
Internationale Finanzen und Verwaltung
valerie.rogers@crisisaction.org



Pranjali Acharya
Organisationsentwicklung
pranjali.acharya@crisisaction.org



Andrea Vukovic
Recherche und Administration
andrea.vukovic@crisisaction.org

BRÜSSEL



Martin Konečný
Direktor Brüssel
martin.konecny@crisisaction.org



Christina Hawley
Politikanalyse und Kampagnen
christina.hawley@crisisaction.org

KAIRO



Nirvana Shawky
Direktorin Naher Osten und Nordafrika
nirvana.shawky@crisisaction.org



Schams El Ghoneimi
Politikanalyse
schams.elghoneimi@crisisaction.org

NAIROBI



James Gondi
Direktor Afrika
james.gondi@crisisaction.org

NEW YORK



Andrew Hudson
Direktor New York
andrew.hudson@crisisaction.org



Vanessa Jackson
Kampagnen- und Advocacyarbeit
vanessa.jackson@crisisaction.org

BERLIN



Susanne Baumann
Direktorin Deutschland
susanne.baumann@crisisaction.org



Arne Behrensen
Politikanalyse und Kampagnen
arne.behrensen@crisisaction.org

LONDON



Ben Jackson
Direktor Großbritannien
ben.jackson@crisisaction.org



Mariam Kemple
Kampagnen- und Advocacyarbeit
mariam.kemple@crisisaction.org

PARIS



Elodie Andrault
Direktorin Frankreich
elodie.andrault@crisisaction.org



Aldine Furio
Kampagnen- und Advocacyarbeit
aldine.furio@crisisaction.org

WEITERE MITWIRKENDE

Folgenden Personen möchten wir für ihren Beitrag zur Arbeit von Crisis Action im Laufe des vergangenen Jahres danken: Annamie Paul, Anne Isakowitsch, Annika Behn, Ben Fitzpatrick, Caroline Baudot, Christinea Tate, Coral Williams,

Deirdre Stradone, Delphine Richard, Elizabeth Bandulet, Geoff Broadhurst, James Hamilton Harding, Jonas Posselt, Julie Borges, Katrin Workert, Kristian Brakel, Leonarda Babic, Louise Wise, Lucie Combattelli, Mariame Camara, Marie Weiller, Marijan Zumbulev,

Marika Blunck, Marissa Bell, Marianna Brungs, Marwa el-Ansary, Merel Wackwitz, Mohamed El Shewy, Moninuade Oladunni, Pia Dawson, Rachel Cummings, Razvan Isac, Rebecca Wood, Samantha Rennie, Sarah Mulley and Susan Muriungi.

Frontcover und Rückseite:


Tausende ägyptische Demonstranten versammeln sich nach dem Sturz des ehemaligen Präsidenten Hosni Mubarak auf dem Tahrir Platz, um für die Umsetzung der während des Aufstands lautgewordenen Forderungen zu demonstrieren, Kairo, April 2011.

Foto: REUTERS / Mohamed Abd El-Ghany

Layout: Miriam Hempel | www.daretoknow.co.uk

Redaktion: Anna Emerson

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Recyclingpapier mit pflanzenbasierter Druckfarbe



„Crisis Action vereint die Einflussmöglichkeiten ganz unterschiedlicher NGOs und hilft uns dadurch in kritischen Momenten, mehr als die Summe unserer einzelnen Teile zu sein. Egal ob bei Gesprächen zum Nahen Osten oder anderen kritischen Themen in der Welt sind Entscheidungsträger eher gewillt zuzuhören, wenn wir gemeinsam handeln.“

Salil Shetty, Internationaler
Generalsekretär von Amnesty International

„Crisis Action hat eine beeindruckende Fähigkeit gezeigt, die Wirkungskraft ziviler Interessenvertretung zu bewaffneten Konflikten zu verstärken. Durch die Koordination von Informationsaustausch und gemeinsamem strategischem Handeln verstärkt Crisis Action die Effektivität seiner Partnerorganisationen und Netzwerkmitglieder.“

Louise Arbour, Präsidentin der International Crisis Group

„In den letzten Monaten hat Crisis Action sich einen Namen für rasches, gezieltes Handeln gemacht, das es der Zivilgesellschaft ermöglicht hat, eine sehr viel größere kollektive Wirkung zu erzielen. Wir sind für unsere Partnerschaft mit Crisis Action sehr dankbar.“

Ziad Abdel Tawab, Geschäftsführender Direktor
des Cairo Institute for Human Rights Studies

crisis action

Berlin

Crisis Action, Greifswalder Straße 4,
10405 Berlin, Deutschland
T: +49 30 45 305 282

Brüssel

Crisis Action, Avenue des Gaulois 7,
1040 Brüssel, Belgien
T: +32 2 737 1497

Kairo

Crisis Action, Apt. 5, 3rd floor,
11 Road No. 6, El-Maadi, Kairo, Ägypten
T: +202 29812222

London

Crisis Action, 48 Gray's Inn Road,
London, WC1X 8LT, England
T: +44 207 269 9450

Nairobi

Crisis Action, Braeside Gardens,
Off Muthangari Rd, Lavington,
Nairobi, Kenya
PO Box 12869-00100
T: +254 20 386 1625

New York

Crisis Action, 866 UN Plaza, Suite 4018,
New York, NY 10017, USA
T: +1 646 233 1650

Paris

Crisis Action, 71, rue Archereau,
75019 Paris, Frankreich
T: +33 1 46 07 24 13

Crisis Action freut sich über Anfragen von Organisationen, die unsere Ziele teilen und an einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Crisis Action interessiert sind.

Für weitere Informationen besuchen Sie uns bitte unter www.crisisaction.org

Crisis Action ist in Deutschland ein gemeinnütziger e.V. – registriert beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter dem Aktenzeichen VR 28071 B mit fortlaufender Nummer 1.